

Vorwort

	Die Menschen sind biologische, soziale und kulturelle Lebewesen (28.01.01).....	1
	Gesellschaftlichkeit, Freiheit und Gleichheit (14.5.2000)	2
5	Mensch, Individuum, Gesellschaft und Staat.....	5
	Macht und Ordnung.....	5
	Glück und Zufriedenheit.....	6
	Methode.....	7
	Bremer Verhältnisse	8
	Leistung und Produktivität.....	9
10	Filz.....	9
	Exkurs:.....	9
	Marktwirtschaft.....	12
	Keine rationale Bezugsgröße	12
	Gesundheit, Bildung, zukunftsfähige Finanzen, Schutz der Umwelt und der natürliche Ressourcen	15
15	Schlechte Bildung	15
	Leistungswille.....	16
	Anspruchshaltung	16
	Kontrolle wirtschaftlicher Macht.....	17
	Monopolpositionen aufbauen.....	17
20	Kooperation auf großer Stufenleiter	17
	Unfähigkeit zur Zusammenarbeit	17
	Gute Ordnung schaffen.....	18
	Zur allgemeinen Ordnung unfähig.....	19
	Demokratische, rechtsstaatliche öffentliche Verwaltung.....	19
25	Bremer Verwaltung, parteilich, nicht rechtsstaatlich, geheimbündlerisch, chaotisch.....	20
	Meinungs- und Informationsfreiheit als Voraussetzung der Wahrheit	23
	Unwille und Unfähigkeit zur Wahrheit.....	23
	Sparsamkeit, Aufgabenbegrenzung	25
	Größenwahn.....	25
30	Nostalgie.....	26

Zunächst nenne ich Selbstverständnis und Wertmaßstäbe, nach denen ich die kommentierten Verhältnisse und Vorgänge bewerte. Die sehr verkürzten allgemeinen Grundsätze werden in den einzelnen Beiträgen noch ausgeformt. Sie sind ohnehin alles andere als originell sondern geben m.E. nur einen breiten Konsens wieder, der durch die Wertentscheidungen des Grundgesetzes in breiten Maße schon rechtlich gefasst ist.

Die Menschen sind biologische, soziale und kulturelle Lebewesen (28.01.01)

Als biologische Wesen sind sie Teil der Natur und leben im Austausch mit ihr. Sie sind an die Gesetzmäßigkeiten der Natur gebunden. Sie sind entstanden in der Naturgeschichte und werden spätestens mit ihr vergehen. Biologisch sind die Menschen soziale Tiere. Von Tieren unterscheiden sie sich durch ihre Besonderheit, die Kultur. Nur durch die Fähigkeit, Erfahrung bewußt zu sammeln, auszuwerten, untereinander weiter zu vermitteln, Schlüsse zu ziehen, zu generalisieren und ihre Lebensformen und insbesondere die Formen des Zusammenlebens bewußt zu gestalten und d. h. auch zu ändern, ist die Menschen in naturgeschichtlich so kurzer Zeit auf der Erde zu einem so dominanten Lebewesen geworden. Der Mensch ist gegenwärtig die Umwelt der Natur. Diesseits der geologischen Bedingungen der Erde, des Sonnensystems und der physikalischen Naturgesetze prägen die Menschen die Entwicklung der Lebensbedingungen auf dem Planeten gegenwärtig wie kein anderer einzelner Faktor. Sowohl die Zusammensetzung der Luft, die Entwicklung des Klimas, insbesondere der Wärme, die Ausbreitung von Steppen und Wüsten, das Verschwinden oder neu Entstehen von Wäldern, das Entstehen oder Austrocknen von Seen und Gewässern, die Lage von Flüssen, der Abtrag und die Entstehung von Erde die Lage und Konzentration von bestimmten Mineralien in der Erdkruste, als auch die Verbreitung von Pflanzen und Tieren bzw. deren Aussterben^{1 2} usw. usf. Bei

¹ In sehr viel geringerem Maße auch die Bildung neuer Tier- und Pflanzenarten. So sind viele Nutz- und Zierpflanzen als auch Nutz- und Haustiere durch Züchtung entstanden. Sie würden aber wohl wieder degenerieren, wenn sie nicht ständig gehegt, gepflegt und geschützt würden. Anders könnte es mit genetisch veränderten Lebewesen werden. Wenn

der Diskussion um die Umwelt ist der Anteil der Einflüsse der Menschen auf die jeweilige Entwicklung und der Anteil der unabhängig von den menschlichen Einflüssen wirkenden Kräfte schwer abzuschätzen. Zum kulturellen Fortschritt gehört das Bewußtsein davon, daß die Menschen durch ihr Verhalten auf die Naturgeschichte weltweit Einfluß ausüben.³
5 Die Wirksamkeit des menschlichen Handelns auf die Umwelt ist einerseits so gestiegen, daß sie das Leben der Menschen auf der Erde selbst gefährden können. Andererseits scheinen die Produktionsmöglichkeiten noch so riesig zu sein, daß eine viel größere Zahl von Menschen unter befriedigenden materiellen Bedingungen auf Erden leben könnte.⁴ Unter der Voraussetzung, daß die Menschheit eine Zukunft hat schreibe ich diese Beiträge. Dies ist eine für Menschenschützer optimistische Möglichkeit. Es ist aber keine Gewißheit. Menschen können auch ohne zwingende Umstände die Erde plündern, Lebensgrundlagen zerstören und sich gegenseitig das Leben zur Hölle machen. Für ein menschenwürdiges Leben müssen sie sich auf eine gute Ordnung einigen. Um gute Ordnung für ein menschenwürdiges Leben geht es auf diesen Seiten im weitesten Sinne.
10 Dabei stehen lokale Vorgänge im Vordergrund. Darauf hat jede handelnde Person mehr Einfluß als auf die Weltordnung. „Jeder kehre vor seiner eigenen Tür, und die ganze Straße bleibt sauber.“ Wer nicht zu Hause eine gute Ordnung herstellen kann, dem wird es auch nicht in einem größeren Verantwortungsbereich gelingen. Wer sich nur als Opfer übermächtiger fremder Mächte sieht, die sich erst ändern müßten, bevor sich im eigenen Gemeinwesen etwas ändern könnte, ist meist Mittäter an der schlechten Ordnung. Auch weil ich mich für meine Wahlheimat mit verantwortlich fühle, engagiere ich mich. Kritik soll Gefahren aufzeigen und helfen, sie zu bannen.
15
20

Gesellschaftlichkeit, Freiheit und Gleichheit (14.5.2000)

25 Die Menschen sind als gesellschaftliche Wesen entstanden.⁵ Das freie Individuum ist eine historische Erscheinung.⁶ Sie gilt für unsere Gesellschaften, aber nicht weltweit.

die Erzeuger nicht darauf achten, daß sie sich nicht selbst vermehren können, könnten neue Lebewesen entstehen, die die Tier- und Pflanzenwelt generell verändern. Es ist nicht hier die Stelle, über die damit verbundenen Chancen und Gefahren zu diskutieren. Das Gedicht vom Zauberlehrling und die Schulaufsatzthemen über Segen und Fluch des wissenschaftlich technischen Fortschritts haben alle Interessierte auf die Problematik aufmerksam gemacht.

² Dabei soll betont werden, daß es eine Naturgeschichte vor und außerhalb der Menschen auf der Erde gegeben hat und gibt. Schließlich ist z.B. die Zusammensetzung unserer Atmosphäre das Ergebnis der Ausbreitung von Pflanzen auf der Erde. Auch die einstmals dominante Tierart der Dinosauriere ist ohne Zutun des Menschen entstanden und vergangen.

³ Der Einfluß auf Teilbereiche ihrer Lebensumgebung haben die Menschen schon immer entwickelt und entsprechende Verhaltensregeln aufgestellt – seien sie nun wirksam oder nicht. Die Bremer haben schon viele Jahrhunderte die Versandung der Weser auf menschliches Verhalten zurückgeführt und deswegen verboten, Abfall in die Weser zu kippen. Daß das Abholzen der Wälder im Harz für die Verhüttung der dort geförderten Erze eine viel größere Rolle spielte entzog sich entweder dem Wissen oder zumindest dem Einfluß der Bremer.

⁴ Bei der direkten Nutzung der Sonnenenergie steht die Menschheit erst ganz am Anfang – was in Gedanken voraussetzt, daß ihr eine sehr viel effektivere Umwandlung in andere Energieformen, die speicherbar und transportierbar sind, gelingt. Dann kann auch an vielen Plätzen der Erde, an denen der Mangel an Süßwasser der begrenzende Faktor für menschliches Leben ist, überwunden werden. Ähnliche Gedanken gelten auch für die Fortentwicklung der Meere als Nahrungsquelle. Überwiegend werden sie noch in hochtechnischer Form ausgebeutet auf dem kulturellen Niveau der Sammler und Jäger. Die Meereslandwirtschaft steht auch erst ganz am Anfang. Wenn es gelingt, die Bioproduktion der Meere verstärkt für die menschliche Ernährung zu lenken, würden sehr viel mehr Menschen ernährt werden können. Dieser Hinweis auf die Möglichkeiten dieser und anderer Techniken soll aber nicht zu dem Umkehrschluß verleiten, der gegenwärtige Hunger auf der Welt läge an mangelnden Ressourcen. Schon heute reichen die Produktionsmöglichkeiten bei weitem aus, alle Menschen ausreichend mit den biologischen und sozialen Lebensmitteln zu versorgen. Es geht hier nicht um eine technische Utopie, um Menschenwürde zu ermöglichen. Die hier genannten Voraussetzungen einer guten öffentlichen Ordnung lassen sich auch unter den gegenwärtigen technischen Produktionsbedingungen verwirklichen.

⁵ Große Bereiche des Gehirns sind der Kommunikation gewidmet. So das Sprachzentrum; so die Bereiche, die dem Erkennen von Gesichtern und Interpretation von Mimik dienen. Auch die Gefühle werden von den auf das Soziale bezogenen Gefühlen dominiert. Selbst die Wahrnehmung der scheinbar rein körperlichen Empfindungen durch das führende Individuum unterliegt gesellschaftlicher Prägung. Die Zusammenarbeit ist eine Lebensbedingung der Menschen. Die bewußte Steuerung dieser Kooperation, die Ansammlung von Wissen und Austausch von Erfahrungen sind die wesentlichen Fähigkeiten, die die Menschen in der Selbst - Werdung entwickelt haben. Die Anwendung dieses gesellschaftlichen Wissensaustausches auf Werkzeuherstellung und deren Anwendung für das Überleben unter den natürli-

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit ist tragender Maßstab für die Beurteilung unserer Gesellschaft. Sie ist kein universelles Glaubensbekenntnis, das mit Feuer und Schwert überall im Weltkreis durchgesetzt werden muß. Ich bekenne mich dazu, daß es für mich der höchste politische Wert ist, nach dem ich meine Gesellschaft beurteile. Individuelle Freiheit ist das höchste Ziel, nach dem diese Gesellschaft organisiert werden soll. Dies geht nur auf dem erreichten Stand der Produktivität und damit der Sicherung der Lebensgrundbedürfnisse. Sie bildet die materielle Grundlage, daß niemand verhungern, verdursten, erfrieren muß und heilbare Krankheiten nicht überleben kann, weil in der Gesellschaft die materiellen Mittel zur Behandlung fehlen.

Bei der Freiheit geht es um Wahl-, Meinungs-, Handlungs- und Gestaltungsfreiheit im Rahmen seiner individuellen Möglichkeiten⁷. Gerade die Gestaltungsfreiheit bezieht die gesellschaftliche Mitwirkung ein. Das gilt für die individuellen Beziehungen zu anderen Menschen. Aber auch auf die Mitwirkung an der Ordnung in Gruppen, Vereinigungen, der Gesellschaft und der Politik. Das eigene Handeln und wirksam werden setzt in den allermeisten Fällen verbindliches Zusammenwirken mit anderen voraus. Daß dafür erforderliche Absprachen auch eingehalten werden, das kann der einzelne meist nicht allein bewirken. Schon dafür braucht er die Gesellschaft.

Die Grenze der Freiheit ist natürlich der andere. Nur im Rahmen dessen, was der oder die anderen freiwillig mitmachen oder erdulden, kann ein einzelner seine Freiheit ausleben⁸.

Das Ergebnis von Freiheit ist Ungleichheit. Ungleichheit muß also als Ergebnis von Freiheit zugelassen werden. Zur Freiheit gehört auch, Bindungen einzugehen. Ein wirksames Gestalten setzt verbindliche Bindungen geradezu voraus. Solche Bindungen können im Extrem bis zur dauerhaften Abhängigkeit und Unterordnung führen. Dies bedeutet, daß Menschen zustimmen können, sich in die Sklaverei zu begeben, ja sogar zustimmen, daß sie sich umbringen lassen.⁹ Als rechtlich bindende, also von der Gesellschaft unterstützte Verpflichtung, ist eine solche Abhängigkeitsbeziehung nicht zulässig. Als psychische Konstellation kommen Abhängigkeiten zwar immer wieder vor, werden nach unseren Wertmaßstäben aber als eher krankhaft bewertet. Wer davon los kommen will, erhält bei uns die Unterstützung von Ärzten, die seelische Krankheiten behandeln.¹⁰ Die dauerhafte Bindung ist in unserer Gesellschaft sogar bei den meisten Menschen die Regel. Sei es an den Wohnort, die Wohnung, eine Religion, die Beschäftigung in einem Arbeitsverhältnis, die Bank, Versicherungen, Vereine aber ganz besonders an Ehepartner und Familie. Es sind aber freiwillige Bindungen, die prinzipiell von Tag zu Tag neu bestätigt werden. Sie werden in der Dauerhaftigkeit nicht von der freiheitlichen Ordnung erzwungen. Sie bietet für alle Bindungen den einzelnen Menschen Möglichkeiten, die Bindung zu lösen. Wenn auch z.T. mit langen Übergangsfristen und mit Verpflichtung zu Entschädigungen.

chen Umständen und auf die Produktion von Lebensmitteln und individuellen Verbrauchsgütern hat die Ausbreitung der Menschen und den individuellen Reichtum ermöglicht.

⁶ Der Mensch als Individuum in unserem heutigen Verständnis ist ein Ergebnis der historischen Entwicklung, nicht dessen Voraussetzung. Das frei durch die Savanne streifende Individuum, das sich mit anderen trifft, sich nicht den Kopf einschlägt sondern aus freien Stücken mit anderen über einen Vertrag einigt, eine Gruppe zu bilden und ihr eine Verfassung zu geben, ist natürlich keine historische Beschreibung des Werdens von Gesellschaft sondern eine ein Ideal erläuternde Erfindung.

⁷ In Friedrich Schillers Don Carlos heißt es: Geben Sie Gedankenfreiheit, Sir. Bei der Zeit der Aufklärung scheinen viele Deutsche als Höchstmaß der Freiheit gedanklich stehen geblieben zu sein. Und sie bitten dabei auch noch ähnlich unterwürfig die Obrigkeit, daß sie ein Grundrecht gewähren solle. Es geht aber darum, seine Gedanken auch in Taten umsetzen zu können.

⁸ Diese Grundsätze erheben ohnehin keinen Anspruch auf Originalität. Die Grenzen der Freiheit ist nun schon als Thema von Schulaufsätzen so abgefrüstet, daß dazu hier nichts weiter hinzugefügt werden soll.

⁹ Es ist ein Mordfall bekannt geworden, bei dem über Internet sich zwei Menschen gefunden haben, von denen der eine zugestimmt haben soll, sich vom anderen töten und auffressen zu lassen. Diese Beziehung überschreitet nun die Grenzen der Freiheit so weit, daß sie m.E. Mord unter heimtückischer Ausnutzung von psychischer Krankheit und Abhängigkeit ist.

¹⁰ Die katholische Kirche kennt im Prinzip die Ehescheidung nicht. Darauf aufbauend werden auch in europäischen Ländern zivile Ehen gar nicht oder sehr schwierig geschieden. Das widerspricht nach meinen Wertmaßstäben einer freiheitlichen Gesellschaft, die auf freien Einzelpersonen aufbaut und nicht religiöse freiwillige Bindungen mit staatlicher Gewalt zu sanktionieren hat..

Ungleichheit nimmt schnell ein Maß an, das Individuen veranlassen kann, dauerhaft auf Entscheidungsfreiheit zu verzichten. Sie stimmen zu, in ein Verhältnis einzutreten, aus dem sie generell und dauerhaft ohne die Zustimmung eines oder mehrerer anderer nicht mehr heraus kommen – also sich selbst in die Sklaverei begeben. Dies ist nicht zulässig.
5 Einerseits dürfen solche Verträge nicht durch die öffentliche Ordnung unterstützt, sie müssen vielmehr als nichtig verurteilt werden. Andererseits darf die Ungleichheit nicht ein solches Maß annehmen, daß die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft keine Wahlfreiheit mehr haben.¹¹ Das Grundgesetz gebietet denn auch die Kontrolle wirtschaftlicher Macht.¹² Insofern soll der Staat immer wieder auch im Ergebnis ein minimales Maß
10 an Gleichheit der Befriedigung von Lebensgrundbedürfnissen, Macht und Wahlfreiheit herstellen und gewährleisten, das erforderlich ist, damit jedes Individuum ein Minimum an Freiheit hat und keinesfalls in eine Situation gerät, in der es gezwungen ist, Recht und Freiheit anderer mit zu unterdrücken.¹³ Es ist daher einerseits eine wichtige Voraussetzung der Freiheit, daß jeder, der in unserer Gesellschaft legal lebt, ein Anrecht auf Sozialhilfe in einer Höhe hat, die ihm ein menschenwürdiges Leben¹⁴ ermöglicht. Andererseits muß die illegale Einwanderung bekämpft werden. Illegale stehen nicht unter dem Schutz der Ordnung für die Freiheit. Sie können daher versklavt werden und werden es auch.^{15 16} Sie bedrohen damit auch die Freiheit und Menschenwürde der legal hier Lebenden.¹⁷

¹¹ Lange Jahre waren die Verträge zwischen professionellen Fußballspielern und den Bundesligavereinen so gestaltet, daß die Fußballspieler ohne Zustimmung des Vereins nicht den Verein wechseln konnten. Spieler wurden danach gekauft und verkauft, sie waren das Eigentum der Vereine, auf die sie Kredit aufnahmen. Es gab zumindest einen Fall, in dem ein Fußballspieler, der einem Verein „gehörte“ arbeitslos wurde, weil er einerseits bei seinem Verein keinen Spielervertrag mehr bekam, andererseits der Verein aber auch von keinem anderen Verein die „Kaufsumme“ geboten bekam, die sich der anbietende Verein für sein Eigentum vorstellte. Das Bewußtsein der Fußballanhänger entsprach dieser Sklavenhaltermentalität. Sie kauften und verkauften im Geiste mit. Sie meinten, die hohe Bezahlung reiche aus, um diese Abweichung vom Prinzip der freien Arbeitsplatzwahl aufzugeben. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat dieser Art der modernen Versklavung in unserer Gesellschaft ein Ende bereitet. Für die Zustimmung zur eigenen Versklavung ist aber meist nicht die Aussicht auf materiellen Reichtum der Grund sondern die Gefahr für Leib und Leben, kurz, zu verhungern, obdachlos zu werden oder sonst die minimalen Bedürfnisse, in unserer Gesellschaft zu überleben, nicht mehr befriedigen zu können. Es gehört zu unserer reichen Gesellschaft, daß niemand in einer Situation bleiben muß, in die er sich aus Mangel oder Gier in ausweglose Abhängigkeit begibt. Selbst eine lebenslange Freiheitsstrafe gibt noch eingeschränkte Möglichkeiten und damit geringe Hoffnung, seine Persönlichkeit zu entfalten. Wer mit einem anderen einen Vertrag schließt, der von ihm Leistungen erwartet, die er nicht erfüllen kann – z.B. ihm Kredite gibt, der weit über seine Leistungsfähigkeit in seinem Leben hinaus geht, geht das Risiko ein, oberhalb des pfändbaren Lebenshaltungsminimums, seine Kredite zu verlieren. Der Gläubiger kann nicht verlangen, daß sich der Schuldner ihm gegenüber in Knechtschaft begibt. Eine Zinsknechtschaft ist bei uns nicht zulässig. (In Gesellschaften Südostasiens oder des vorderen Orients ist das noch Gang und Gäbe. Auch werden illegale Zuwanderer bei uns in solche Abhängigkeiten gebracht und entsprechend ausgebeutet.) Die Auseinandersetzung mit Microsoft von Bill Gates zeigt, welches großes Maß an Ungleichheit des Ergebnis der Freiheit sein kann.

¹² Darin ist deswegen auch enthalten, daß es keine gewerkschaftlichen „closed shops“ bei uns geben darf – es dürfen danach keine Betriebsvereinbarungen geschlossen werden, nach denen nur Gewerkschaftsmitglieder im Unternehmen beschäftigt werden dürfen.

¹³ Siehe dazu unter Mindesteinkommen [Mindesteinkommen, Sozialhilfe.doc](#)

¹⁴ Was „menschenwürdig“ bedeutet, darüber gibt es natürlich eine andauernde Diskussion. Klar ist aber, daß es sich wesentlich um Geldleistungen handelt, die dem Sozialhilfeempfänger eine Wahlmöglichkeit läßt. Reine Sachleistungen in Höhe eines biologischen Existenzminimums unterschreiten die Sicherung der Existenz eines freien Individuums bei Weitem.

¹⁵ Die Zwangsprostituierten aus Osteuropa sind ein Beispiel dafür.

¹⁶ Auch die scheinbar Überlegenen und Mächtigen brauchen für ihre Freiheit die Sicherheit der weniger Mächtigen, daß sie ihre Daseinsgrundbedürfnisse befriedigen können und als prinzipiell Gleiche anerkannt werden. Outcast, Gesetzlose, die nichts zu verlieren haben, zwingen auch den Mächtigen Verhaltensweisen auf und machen sie unfrei: Sie müssen sich dauernd schützen, sie müssen Sicherheitsorgane in hohem Maße bezahlen, es gibt immer mehr „no go areas“ und Zeiten, in denen sie sich nicht bewegen können, sie müssen Meinungen vertreten, die diesen Zustand rechtfertigen, sie dürfen nicht mit den „Schmuddelkindern“ spielen – auch im übertragenen Sinne nicht in Gedanken, also gefährlichen Gedanken anhängen, die die Dominanz ihrer Herrschaft in Frage stellt, sie müssen immer mehr einer Geheim- und Gedankenpolizei zustimmen, um ihre Position und deren ideologischen Begründung abzusichern. Es gibt bald keine Freiheit der Gedanken mehr. Sie werden **unfähig zur Wahrheit**. Siehe extra Stichwort.

¹⁷ Dabei müssen besonders die Sklavenhalter und Sklavenhändler bekämpft werden – und die gesellschaftliche Akzeptanz billiger rechtloser Arbeitsverhältnisse hier.

Ausgangspunkt ist immer die Chancengleichheit. Jedes Kind soll unabhängig vom Elternhaus die Möglichkeit erhalten, seine in ihm schlummernden produktiven Fähigkeiten zu entdecken und optimal zu entwickeln.¹⁸ Zum Bildungssystem an anderer Stelle mehr. Hier geht es nur um die Grundsätze, die für erwachsene, volljährige, voll zurechnungsfähige Menschen gelten sollen.

Die Aufgabe des Staates ist es, die Freiheiten der Individuen ständig zu sichern und zu erhöhen.

Mensch, Individuum, Gesellschaft und Staat

Freiheit der Menschen in der Gesellschaft ist eine Wertentscheidung der Gesellschaft. Sie muß gesellschaftlich organisiert werden. Sie wird zum allgemeinen übergeordneten Ordnungsprinzip der Gesellschaft. Individuelle Freiheit ist also nicht eine gegen die Gesellschaft sondern durch sie. Sie kann nur durch eine freiheitliche Ordnung geschaffen werden.¹⁹ Aber Es gibt bekannter Maßen viele Kräfte in Gesellschaften, die Freiheit nicht als Ziel und Organisationsprinzip der Gesellschaft anerkennen.

Für diese allgemeine übergeordneten Ordnung gibt es die gesellschaftliche Institution des Staates. Der Staat ist Teil der Gesellschaft und steht nicht über ihr. Der Staat ist ein Instrument der Menschen und keine göttliche Institution oder mit höheren Weihen ausgestattet. Er ist kein eigenes Lebewesen, das Menschen hat. Jede Überhöhung des Staates, Wertmaßstäbe, die ihm eine eigene Persönlichkeit jenseits der Menschen zusprechen, lehne ich ab. Im Gegenteil: Weil für die Ordnungsaufgabe dieser Institution so große Machtmittel gegeben wurden, muß er entsprechend scharf kontrolliert und seine Machtausübung formalisiert werden. Gerade für ihn gilt das Prinzip, der Kulturstandard, der „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ und das „Übermaßverbot“.

Macht und Ordnung

Es geht hier im Weiteren um die Ausgestaltung der öffentlichen Ordnung. Wir können sie bewußt gestalten. Es geht also um Politik.

Was Politik ist bzw. sein soll, darüber gibt es einander entgegengesetzte Auffassungen:

- Politik ist der Kampf um Macht. Es geht darum, Macht zu erwerben, zu erhalten und auszudehnen. Macht ist die Fähigkeit, andere Menschen zu Handlungen zu veranlassen, Dinge zu tun, die sie aus eigenem Antrieb und Überzeugung nicht tun würden. Im Extremfall, sein eigenes Leben zu riskieren oder sich gar selber umzubringen.²⁰ Machtmittel bestehen im Regelfall in der Fähigkeit, Vor- und Nachteile zu verteilen. Im Normalfall wird in unserer Gesellschaft die Verfügung über die Höhe des Geldeinkommens als der entscheidende Maßstab für Begünstigung oder Benachteiligung angesehen. Die Formel dafür heißt: Zum Regieren braucht man Geld, Geld und nochmals Geld. Dies setzt voraus, daß sich die zum Ordnungsverband gehörenden Menschen kaufen lassen. Es gibt aber auch andere Machtmittel. Die bekanntesten sind die charismatische Persönlichkeit, mit der jemand einfach durch seine Person und durch massenpsychologische Prozesse viele Menschen zu bestimmten von ihm gewünschte Verhaltensweisen veranlassen kann. Die Einflußnahme auf Glaube und Überzeugungen sind ein wichtiges Machtmittel, das auch bis zur Selbstaufopferung reicht. Das einschneidendste Machtmittel ist der körperliche Zwang. Er kann bis zur Verfügung über Tod oder Leben gehen. Politik dreht sich nach dieser Betrachtungsweise darum, möglichst viele Menschen seinen Willen aufzwingen zu können und dafür über immer mehr Machtmittel zu verfügen.

¹⁸ Das gilt natürlich nicht für kriminelle und zerstörerische Fähigkeiten.

¹⁹ Freiheit als gegen die Gesellschaft gerichtet zu begreifen, Freiheit, die ein Individuum noch aus seinen Chaostagen des allein im Urwald umherirrenden ungezügelten Wilden in die Gesellschaft mitbringt, und die die Gesellschaft irgendwie resigniert erduldet, ist m.E. eine völlig irriige Vorstellung und tendenziell anti freiheitliche Grundhaltung

²⁰ Um sein eigenes Leben in die Schanze zu schlagen, bedarf es allerdings weit mehr als die Vergabe oder den Entzug von individuellen materiellen Vor- oder Nachteilen. Ohne Glauben an höhere Werte als das eigene Leben und ohne gesellschaftlichen Druck auf das Ansehen, und sei es nur posthum, kann das nicht gelingen. Auch daran zeigt sich, wie stark der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist.

- Politik andererseits ist das Ringen und das Herstellen einer guten Ordnung. Dafür gibt es ein Wort „Gemeinwohl“ und die Formel: Das Glück der größten Zahl. (Zu „Glück“ weiter unten.). Da das Glück nur als individuelle Daseinsform existiert, ist das gleichbedeutend mit der Aussage: Die Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten erhöhen und so wenig persönlichen Zwang wie möglich einsetzen. Gleichzeitig wird aber ein allgemeiner Zwang zur Anpassung an Regeln (z.B. im Straßenverkehr, bei technischen Normen) und zu gemeinschaftsdienlichem Verhalten (z.B. Abgaben für Gemeinschaftsaufgaben und Sozialversicherungen) ausgeübt, weil anders die Summe der Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten nicht auf dem erreichten oder angestrebten Niveau gehalten bzw. geführt werden kann.
Auch die Politik, die auf eine gute Ordnung gerichtet ist, braucht Macht. Eine Ordnung muß sicher von der Mehrheit akzeptiert werden. Aber es gibt immer Menschen, die sich nicht freiwillig in die beschlossene Ordnung einfügen. Sie müssen dazu veranlaßt, notfalls gezwungen werden, sich im Rahmen der gültigen Ordnung zu bewegen. Auch muß nach außen gegen andere Ordnungsvorstellungen die eigene Ordnung verteidigt werden. Wenn sie mit Gewalt angegriffen wird eben auch mit Gewalt.
- Dabei sind die unveräußerlichen Menschen- und Bürgerrechte eben unveräußerlich. Auch Gefangenen bleiben sie erhalten.

Glück und Zufriedenheit

Immer wieder wird in Gesprächen über die öffentliche Ordnung gefragt, ob die Leute denn mit ihrer Freiheit etwas anzufangen wüßten. Nicht überfordert seien und glücklich würden. Abgesehen davon, daß jeder sich in Bindungen begeben und daran sein Leben lang festhalten kann, es also keinen Zwang dazu gibt, immer ungebunden zu bleiben, ist Glück aber nicht Gegenstand der öffentlichen Angelegenheiten. Glück ist Privatsache. Zufriedenheit, die etwas ältere resignierte Schwester des Glücks, auch. Glück ist eine individuelle Kategorie, keine kollektive, gemeinschaftliche. Jeder weiß es, das Glück der einen schließt ggf. das Glück der anderen aus. Es ist eine alte Geschichte und bleibt doch immer neu ..., des einen seine Uhl ist dem anderen seine Nachtigall. Das ist ja alles sprichwörtlich. Bei der Forschung über Empfindungen von Glück und Zufriedenheit wird auch festgestellt, daß die Erwartungshaltung des Einzelnen eine mit entscheidende Bedeutung für das Maß dieses Gefühles hat. So sind chronisch Kranken durchschnittlich nicht unglücklicher als gesunde. Ja im Gegenteil. Sie sind z. T. zufriedener²¹. Das geht wohl nach dem Motto: Hurra wir leben noch! Niemand wird deswegen auf die Schnapsidee kommen, also verbreiten wir chronische Krankheiten, damit die Leute glücklicher werden.²² Solche Erkenntnisse über die Individualpsychologie betreffen die öffentliche Aufgabenstellung nicht. Sie entheben auch nicht von der öffentlichen Aufgabe, gesunde Lebensumstände und ein funktionierendes System der medizinischen Versorgung zu gewährleisten.

Allgemeiner ausgedrückt: Die öffentliche Ordnung und Infrastruktur soll im Rahmen der historischen Möglichkeiten jedem ermöglichen, seine Daseinsgrundbedürfnisse zu decken. Dazu gehört natürlich auch Gesundheit. Was die Individuen daraus machen, das gehört zu deren Freiheit.²³

Solche Maßstäbe gelten nicht nur für die Gesundheitsbedingungen sondern für alle Daseinsgrundfunktionen im öffentlichen Bereich. Sie gewährleisten zwar kein individuelles Glück aber sie verhindern die Einschränkung der Wahlfreiheit. Wenn die Lebensgrundbedürfnisse nicht gedeckt werden können, ist das eine unzumutbare Einschränkung der

²¹ Siehe Süddeutsche Zeitung vom S. wo Forschungsergebnisse mit dem Ergebnis vorgestellt werden, daß chronisch und unheilbar Kranke durchschnittlich glücklicher sind als Gesunde.

²² Aber es erscheint in vielen Fällen eine Taktik, zunächst Horrorgeschichten zu verbreiten, um später die glückliche Errettung aus der drohenden Not zu feiern oder daß alles nicht so schlimm gekommen ist.

²³ Jeder weiß, daß Rauchen ungesund ist. Das gilt für viele andere individuelle Verhaltensweisen auch. Dennoch gehört es zum Bereich der individuellen Freiheit, sich so ungesund zu verhalten. Es darf kein Fitneßprogramm mit staatlichem Zwang eingeführt werden. Genauso wenig darf am Kochtopf neben dem Koch ein öffentlich bestallter Ernährungswissenschaftler stehen. Andererseits gehört es zur öffentlichen Ordnung, daß diejenigen, die Lebensmittel in Umlauf bringen durch Androhung öffentlicher Sanktionen gehalten werden, über die Inhaltsstoffe und die mit ihnen möglicherweise verbundenen Gesundheitsrisiken zu informieren. Oder daß sich die Öffentlichkeit darauf verlassen kann, daß öffentlich angebotene Speisen und Getränke unter hygienischen Umständen zubereitet wurden.

5 Freiheit, ganz gleichgültig, wie sie individuell empfunden werden. Hunger, Durst, Krank-
heit, Kälte, Überhitzung, Schmerzen, Unmöglichkeit, sich sauber zu halten, Gestank,
Dunkelheit, Bewegungseinschränkung usw. als Einschränkungen der biologischen Da-
seinsbedingungen der Menschen sind auch Einschränkungen der individuellen Möglich-
keit, glücklich zu sein. Gleiches gilt entsprechend für die sozialen Grundbedürfnisse
nach Austausch mit anderen Menschen. Soweit Einschränkungen durch gesellschaftliche
politische Maßnahmen verursacht werden, ist die Gesellschaft verantwortlich für das
dadurch verursachte Unglück. Für das individuelle Glück- und Zufriedenheitsgefühl ist
10 die Gesellschaft und Politik aber nicht verantwortlich und diese der Privatsphäre ange-
hörige Daseinsform entzieht sich des öffentlichen Eingriffes.

Die öffentliche Ordnung muß nur für den Rahmen sorgen, in dem der / die Einzelne nach
seinem Glück sucht. Diese Rahmenbedingungen müssen tatsächlicher Natur sein und
nicht scheinbarer.²⁴

15 Es ist allerdings auch eine Frage der Kultur, in wie weit es sozusagen zum guten Ton
gehört, zu klagen oder Glück und Zufriedenheit auszustrahlen. In Bremen (aber nicht nur
dort) gehört es zum Standard, zu klagen.²⁵

20 In vielen Beiträgen geht es um wirtschaftliche und finanzielle Sachverhalte. Dennoch:
Glück und Zufriedenheit speisen sich wesentlich aus den persönlichen Beziehungen.
Auch hier sei betont, Geld²⁶ macht nicht glücklich²⁷. Aber Not kann natürlich eine Ursache
für Unglück sein. Durch die Arbeitsteilung und Zusammenarbeit werden die Güter und
Dienste für das Leben geschaffen. Darauf bezieht sich ein wesentlicher Teil der Öffent-
lichkeit und der öffentlichen Ordnung. Diese Kooperation wird bei uns in weiten Berei-
chen²⁸ durch Geld vermittelt. Deswegen nehmen hier die mit Geld bewertbaren Vorgänge
25 eine Bedeutung an, die sie für das Glück nicht haben. Es sei schon hier betont: Die
Zwecke des Wirtschaftens liegen außerhalb des gesellschaftlichen Bereichs der „Wirt-
schaft“ genannt wird.

Methode

30 Das Material und die Kenntnisse für meine Stellungnahmen beziehe ich überwiegend aus
der Presse generell aber aus allgemein zugänglichen Quellen. Es ist prinzipiell jedem

²⁴ Häufig genug reden Politiker davon, man müsse der Bevölkerung oder bestimmten Gruppen das Gefühl geben, daß sie anerkannt werden etc. z. B. den Ausländern, daß sie willkommen sind, ohne daß die realen Bedingungen dem entsprechen. Das ist die typische zynische Politik von Machtmenschen, die manipulieren wollen. Konsequenterweise weiter gedacht führt das zur Verbreitung von Glückspillen oder Drogen an die, deren Lebensbedingungen reales Glück kaum zulassen, weil die Grundbedürfnisse nicht gestillt werden können. Die Koka Blätter kauenden Indios, die in den Zinnbergwerken bis zur Erschöpfung schufteten und deren Lohn nicht ausreicht, sich satt zu essen, sind ein Beispiel dafür, daß dieser zynische Gedanke längst in die Tat umgesetzt wurde.

²⁵ Dazu an anderer Stelle unter „Unfähigkeit zur Wahrheit“ mehr.

²⁶ Geld ist in unserer Warengesellschaft das Synonym dafür, über Ressourcen verfügen zu können. Dabei ist auch sprichwörtlich, „money cant buy you love“ was bedeutet, für wesentliche Teile des menschlichen Lebens hat es keine Bedeutung. Andererseits geschieht der Zugang zu den Ressourcen der jeweiligen Gesellschaft in anderen Kulturkreisen über ganz andere Institutionen. Z. B. Ältester in einem Familienclan zu sein. Das schafft dann Ansehen, einem anderen Element für Glück.

²⁷ Siegel Spezial Umfrage zitiert nach einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 26.7.1999: Fast 90 Prozent der Deutschen sagen: Geld allein macht noch lange nicht glücklich. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Emnid-Instituts unter 1000 Bundesbürgern im Auftrag des Spiegel Spezial. Geld als Glücksfaktor wird allerdings in West- und Ostdeutschland unterschiedlich bewertet. In den alten Bundesländern glauben nur 33 Prozent, ein prall gefülltes Konto mache glücklich. Im Osten sind es dagegen 46 Prozent. Vor allem bei der jüngeren Generation wird der Wert des Geldes skeptisch beurteilt. Nur 23 Prozent der 25- bis 29jährigen sehen einen direkten Zusammenhang zwischen Geld und Glück. Auch die Besserverdienenden mit Nettoeinkommen über 5000 DM monatlich bezweifeln, daß mit dem Geldsegen auch das Glück ins Haus kommt. Nur 22 Prozent glauben daran, daß Geld glücklich macht. Daß Geld den Charakter verdirbt, glauben 67 Prozent der Frauen, aber nur 56 Prozent der Männer.

²⁸ Außerhalb des Bereiches der Wirtschaft und der direkten Geldbeziehung, in der die Arbeitsleistung in direktem Austausch zur Geldleistung erbracht wird, liegt der weite Bereich der Tätigkeit in der Familie und im Haushalt. Auch Hobbys, Gartenarbeit im privaten Garten, die freie künstlerische Betätigung usw. stehen außerhalb der direkten Geldbeziehung. Insgesamt wird auch in unserer vom Markt dominierten Gesellschaft mehr Arbeit außerhalb der direkten Marktorientierung geleistet als in ihr.

zugänglich. Sicher fließen auch persönliche Erfahrungen ein. Die versuche ich dann aber so zu schildern, daß Leser sie nachvollziehen können samt meiner Bewertung.

Bremer Verhältnisse

5 Bremer Verhältnisse nenne ich die Verhaltensweisen und Ordnungen, die nach meinen
Beobachtungen für den Niedergang unseres Gemeinwesens verantwortlich sind. Bremen
ist dabei nur typisches und besonders ausgeprägtes Beispiel für die Verhältnisse in
Deutschland. Unter Niedergang verstehe ich, daß wir künftig schlechter leben müssen,
wenn wir den eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Der Kurs besteht darin, daß wir seit fast
10 dreißig Jahren alle in der Nachkriegszeit geschaffenen Werte – materieller aber auch
geistiger und gesellschaftlicher Art – verschleudern, indem wir sowohl die Maßstäbe
guter Ordnung verletzen, darüber hinaus die Leistungen der kommenden Jahre und Ge-
nerationen mit Verpflichtungen belasten, die sie nicht tragen können, und die Ressourcen
plündern, die für ein dauerhaftes gedeihliches Leben erhalten, geschont, gepflegt
15 aber steigen, und diese Möglichkeiten für ein gutes Leben²⁹
aber steigen, und diese Möglichkeiten in anderen Weltgegenden auch ergriffen werden,
ist der relative Abstieg noch größer als der absolute.

Städte sind der Ausgangspunkt moderner Gesellschaften, die einerseits individuelle
Freiheit ermöglicht und andererseits die wirtschaftliche Produktivität durch Arbeitsteilung
und Kooperation und damit den volkswirtschaftlichen Wohlstand erhöht haben.
20 Stadt ist Arbeitsteilung plus Vielfalt plus Kommunikation plus Bedeutungsüberschuß und
übt damit Oberzentrale Funktionen bei der Produktion und Reproduktion des menschlichen
Daseins aus.³⁰ Vorteil der Stadt und ihre Anziehungskraft ist das dadurch mögliche
bessere Leben (materiell mehr verfügbare und bessere Güter, größere Vielfalt), die konkurrenzfähigeren
und dadurch sich vermehrenden Arbeitsplätze also Verdienstmöglichkeiten.
25 Kunden und Herstellende teilen sich den Produktivitätsgewinn.^{31 32} Es gibt eine
Arbeitsteilung und Spezialisierung unter den Städten. Nicht alle machen alles. Eine gewisse
Zusammenballung bestimmter Funktionen ist erforderlich, um die Arbeitsteilung
und Spezialisierung zu ermöglichen.³³

²⁹ Dazu siehe die Aussagen über Glück, Freiheit und Wohlstand an anderer Stelle.

³⁰ Stadt ist eine Form der Beziehung der Menschen. Stadt ist kein Bauwerk, keine administrative oder politische Grenze, auch wenn diese Erscheinungen sie erkennbar machen können. Mekka und Rom sind Städte mit großem Bedeutungsüberschuß ihrer religiösen Funktionen. Der Papstpalast in Avignon ist es nicht sondern Ruine. Andererseits gehört auch die gebaute Umwelt einer Stadt und Nation zu den mehr oder weniger die Produktivität fördernden Produktionsbedingungen. Die Anstrengungen für Planung, zeitgerechte Ausführung und Erhaltung spielen eine wichtige Bedingung für die Produktivität des Standortes. Siehe dazu auch unter „Lob der Langsamkeit“.

³¹ Es gibt selbstverständlich auch nur aneignenden Herrschaftsfunktionen. Das ist ein für heutige Städte prinzipielles Nebenthema aber für Bremens Verwaltung das Ideal: Schlossbau mit Heloten als billige Dienstleister. Geld wird in Deutschland, Europa und der ganzen Welt per Steuern also Zwangsabgaben abgepresst, um sie hier in vergoldete Gehsteige vor subventionierte Konsumtempel zu vergraben.

³² Wer an New York denkt, denkt an Manhattan, wo die Funktion des Aktien und Geldhandels mit hohem Bedeutungsüberschuß für den weltweiten Kapitalmarkt sitzt. Das optische Bild sind die Hochhäuser. Die Hochhäuser machen keinen Kapitalmarkt. Weltstädte sind Städte mit weltweit überlegener Produktivität ihrer Funktionen.

³³ Z. B. Wer den Abspann eines Filmes über sich ergehen lässt kann lesen, wie viele Spezialisten zu einem Film beigetragen haben, obwohl doch heute eine Einzelperson einen Film aufnehmen, vertonen und schneiden kann. Eine ausdifferenzierte arbeitsteilige Gruppe von Spezialisten kann aber sich nur bilden, wenn viele Produkte in diesem Fall Filme hergestellt werden. Das Vorhandensein von Studios als konkrete Bauwerke ist ein ganz untergeordnete Bedingung für diese Funktion. Hollywood ist die Metropole für die westliche Filmindustrie. Allerdings gibt es andere Orte auf der Welt, z.B. in Indien, wo mehr Filme gedreht werden. Hollywood ist die Filmmetropole, weil dort die Sichtweisen der westlichen Welt produziert werden. Sie geben den zentralen Stil vor, dort wird über die neuesten Projekte, deren Finanzierung usw. entschieden. Dort werden Weltstars gemacht. Sie werden dort nicht geboren, sie wandern dort hin meist zunächst als eher unbedeutende Starlets. Die meisten Zuwanderer bleiben arm und unbekannt und Gelegenheitsspieler, Komparsen, Kameraleute, Beleuchter usw. pp. In Deutschland sind die nationalen Filmmetropolen München, Köln, Hamburg und Berlin. In Europa waren es Rom, Cinecitta, und Paris.

Leistung und Produktivität

Die öffentlichen Beziehungen³⁴ der Menschen untereinander – insbesondere die Vertragsbeziehungen – zur Kooperation sind zwar frei, aber werden nach allgemeinen Prinzipien geordnet. Sie sollen so gestaltet werden, daß mit möglichst geringem Aufwand die Gesellschaftsmitglieder wissen, was sie voneinander erwarten können. Der Maßstab ist die Leistung. Jedermann soll nicht nur nach Leistung gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern haben. Auch in der Wirtschaft soll Leistung und Gegenleistung vorherrschen. Und die öffentlichen Institutionen und Infrastruktur soll im Prinzip die Leistungsfähigkeit der Gesellschaftsmitglieder erhöhen. Es geht um eine Produktivitäts orientierte Infrastruktur.

Filz

Bremen hat in seinen sozialen Beziehungen die typischen städtischen Beziehungsstrukturen nur unzureichend übernommen oder ist weitgehend in vorbürgerliche Strukturen zurückgefallen. Sie werden durch persönliche Beziehungen geprägt. In unterschiedlichen Gegenden Deutschlands nennt man sie je nachdem Vetterswirtschaft, feudale Treueverhältnisse, Klientelbeziehung, Klüngelwirtschaft, Amigos, Parteibuchwirtschaft etc. pp.. In Bremen nennt man es Filz. Alle so benannten Beziehungsstrukturen zeichnen sich dadurch aus, daß man sich nicht durch bessere Leistung sondern auf Grund persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse Teile des Nationalproduktes aneignet bzw. abgeben muß. Es gibt dabei verschiedene Beziehungsstrukturen. Im akademischen Bereich sind die der Burschenschaften am bekanntesten. In Bremen sind es häufig Kreise aus Strömungen in Parteien, die dann einen Namen haben. Sie sind meist zu inhaltsleeren Patronagesystemen und Karriere – Seilschaften verkommen. Zusammen mit korrespondierenden Unternehmen der Privatwirtschaft werden Privilegien, Aufträge und Positionen nach Nützlichkeit für den Zugriff auf die Arbeitsergebnisse der beherrschten Bevölkerung verteilt. Insofern in Bremen Verantwortliche darauf Einfluß haben, überwiegen inzwischen prinzipiell unmoderne Sozialbeziehungen, Korruption, dörfliche Verhältnisse, in denen sich wohl fühlt, wer sich anpaßt, und ausgegrenzt wird, wer auf einem eigenen Weg beharrt.

Exkurs:

Was hat bürgerliche Städte und die bürgerlichen Staaten der Neuzeit groß gemacht?³⁵ Selbstverwaltung, Recht, Freiheit, Gleichheit, Öffentlichkeit, Wahrheit, Arbeitsteilung und Spezialisierung. Das waren die Bedingungen zur Überlegenheit in der Produktion und Verteilung, der Produktivität. In Deutschland setzten sie sich zunächst in den Städten durch. Das Schrumpfen der normalen Städte besteht auch darin, dass diese Überlegenheit der Produktivität nicht mehr sich auf die Städte konzentriert. Im bürgerlichen Nationalstaat, der die wesentlichen Bedingungen der Zirkulation der Waren und Kommunikation durch nationale Infrastruktur und Recht gewährleistet, sind diese Produktions-, Lebens und Kommunikationsbedingungen fast überall gleichermaßen anzutreffen. Es bilden sich aber in einigen Städten auch Wissenscluster – dies ist eine Spezialisierung, die auch vom persönliche Kontakt lebt und entwickelt und damit erhalten sich einige Städte ihre überlegenen Spezialfunktionen. Daraus wuchern immer neue Formen, Ideen und die zugehörigen Umsetzer, Anbieter, Werber usw. Merkwürdigerweise sind die sich so ergebenden sozialen Netzwerke häufig unfähig, prinzipiell neue Strukturen zu entwickeln oder sich denen anzupassen.³⁶ Bremen hatte eine kurze Phase, in der es sich an die Spitze eines solchen Fortschrittes gesetzt hat: In der Phase der zweiten Industrialisierung zwischen ca. 1880 bis 1970. Fast alles was neu war, entstand auch in Bremen. Bremen wurde nach dem WK II mit die reich-

³⁴ (im Gegensatz zu den privaten der Verwandtschaft, Freundschaft, Freizeitbekanntschaft, Sympathie und Antipathie in Familie, Vereinen, Reisegruppen usw.)

³⁵ Es gibt natürlich auch vorbürgerliche Städte. Darunter sind in vorbürgerlicher Zeit viele Herrschaftsstädte und z.T. damit verbunden religiöse Zentren / Tempelstädte. Deren Größe basiert auf Aneignung und bzw. oder Macht. Auch Bremen ist als Zitadelle der Macht der christlichen Franken im heidnischen Sachsenland als Bischofssitz entstanden. Es hat noch im 13. Jh. einen Kreuzzug gegen die Stedinger geführt, die zwar inzwischen auch christlich, aber nicht abgabewillig an den Bremer Bischof waren. Erst im 14 Jh: wandelte sich Bremen in Verfassungskämpfen von der Tempelstadt zur von Großhändlern und Patriziern dominierten Stadt.

³⁶ Beispiel Uhrenindustrie im Schwarzwald und Schweiz oder die Kameraproduktions in Deutschland. Die auf Feinmechanik in Arbeitstechniken bis zur Erziehung spezialisierte, aber auch in der Kapitalzusammensetzung organisierte arbeitsteilige Produktion sah weder die neuen Möglichkeiten der Elektronik noch konnten sie sich darauf einstellen. Als die elektronischen Uhren oder elektronischen Spiegelreflexkameras erfunden wurden, gingen die alten Produktionszusammenhänge weitgehend unter und es entstand dort nichts Neues.

ste Stadt Deutschlands und Europas. 1973 war das letzte Jahr, in dem der Arbeitslosenanteil noch unter dem Bundesdurchschnitt lag. Ab 1975 entschied sich Bremen, massiv in schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme einzusteigen und sich dafür die Zustimmung der verschiedenen Klientelgruppen und damit die politischen Mehrheiten zu kaufen. Von da an ging es bergab.

5

Die eigenständige Automobilfabrik war schon 1961 untergegangen. Schrittweise folgte alle anderen in Bremen wichtigen Wirtschaftsbereiche. In Bremen muß immer wieder der Untergang der Werften als Beispiel dafür herhalten, daß Bremen unverschuldetes Opfer einer europäischen Strukturkrise geworden sei. Und mit dem Wort Strukturkrisen behauptet man, sie seien von den handelnden Subjekten unabhängig oder übermächtig. Dies sind typische Ausreden. Die Werft „AG Weser“ ging 1983 nach der Erdölkrise mit ihrem Tankerbau pleite. Gleichzeitig entstand vor den Toren Bremens in der Nordsee die neue Erdgas- und Erdölförderung. Es wurden Bohr- und Förderplattformen gebraucht, Versorgungsschiffe, Versorgungshandel, Rohrleger, Gastanker usw. Ein riesiges neues Betätigungsfeld tat sich auf – aber Bremer Unternehmer schalteten sich nur in ganz geringem Maße ein. Die andere Großwerft „Bremer Vulkan“ wurde zur Spaltung der Arbeiter, die auf der „AG Weser“ ihr Schicksal noch nicht still erduldet hatten, noch zehn Jahre lang subventioniert. Sie bauten dann Containerschiffe. Das ist ein weiterhin boomender Wirtschaftszweig. Aber der Vulkan investierte kaum in Produktivität. In Bremen wurde nur über die niedrigen Löhne in Südkorea und die Subventionen dort geklagt, obwohl die Subventionen in Bremen sehr viel höher waren. Aber nicht die niedrigen Löhne waren das Problem des Vulkan sondern die niedrigere Produktivität pro Arbeitsstunde und die schlechtere Produktivität der Containerschiffe: Die südkoreanischen Containerschiffe, die nur zehn Prozent größer waren, konnten schließlich dreißig Prozent mehr Container transportieren. Während also auch der Vulkan trotz massiver Subventionen pleite ging, hielt sich an einem Binnenstandort in Papenburg an dem Flübchen Ems die Meyerwerft mit Fähren- und Kreuzfahrtschiffbau und baute ihre Kapazitäten auch noch aus – allerdings auch nicht ohne Subventionen. Bremen, daß sich sonst so auf die maritime Tradition beruft und die Passagierschiffahrt nach Amerika bekam von diesem wachsenden Kuchen nur einige Umbaufträge für die Werften in Bremerhaven ab, die trotzdem wie die SSV pleite gingen. Die Bremer Offiziellen, die als eine andere Entschuldigung für Bremens Niedergang behaupten, es läge an der Standortungunst, können nicht einmal mit diesem miserablen Binnenstandort an der Ems konkurrieren. Auch die Zulieferindustrie für den Schiffbau und die Häfen wächst an Binnenstandorten schneller als in Bremen. Containerbrücken und Vancarrier werden in Bremen nicht (mehr) hergestellt, Schiffselektronik bald nur noch für die Marine – bei der Planung und Vergabe von Regierungsaufträgen funktioniert der Filz anscheinend noch. Aber wenn man schon die Entwicklung dahingehend einschätzt, daß Schiffbau im eigenen Lande nicht mehr möglich sei, dann gibt es auch erfolgreichere Modelle der aktiven Umstrukturierung. Schweden hat auf strukturkonservierende Subventionen auf Grund dieser Einschätzung ganz verzichtet und aktiv zukunftsfähige Wirtschaftszweige auf den Wertstandorten angesiedelt, Umschulungen organisiert z. B. für die Mobilfunkproduktion. Bremen behauptet, nachdem die Subventionen vergeblich verpulvert wurden, jetzt aber die Umstrukturierung aktiv voran zu treiben: Bremen zu einer Dienstleistungsmetropole zu machen. Auf dem Gelände der ehemaligen AG Weser war es erst der Malereibetrieb Grunau, ein Subventionsritter, der dann im Subventionssumpf von Ostdeutschland unterging. In Bremen fiel er nur durch Untervermietung der billig gemieteten Hallen der AG Weser auf. Um die Verschleuderung der öffentlichen Finanzen zu verschleiern, drehte die Bremer Politik ein noch größeres Rad. Es nennt sich Space Park und Ocean Park. Dazu sind eigene Beiträge zu finden. Die Bremer Verhältnisse stellen sich in solchen Großprojekten besonders deutlich dar. Öffentliche Ressourcen werden an Private verschleudert und verpfändet. Es sind Pleiteprojekte von vorne herein. Sie werden mit einem riesigen Aufwand an ideologischen Behauptungen beschlossen. Nicht diejenigen, die öffentliche Finanzen ausgeben, müssen beweisen oder gar mit eigenem Einkommen verantworten, was sie tun. Nein, den Kritikern wird umgekehrt die Beweislast auferlegt. Nachdem die von den Promotoren behaupteten Wirkungen nicht eingetreten sind – wie regelmäßig – gibt es vier Strategien der Verantwortlichen, die Verantwortung abzustreifen: a) Es wird ein Bösewicht ausgesondert, dem Allmacht in der Vergangenheit angedichtet wird. Er hat alle hinters Licht geführt oder zum Schweigen verdammt. Er trägt die ganze Schuld (Modell Dr. Hennemann, Vulkan Pleite). b) Die Kritiker sind schuld. Sie haben das sonst erfolgreiche Projekt tot geredet. c) Man hat die neuen Entwicklungen nicht wissen können. Jetzt ist man schlauer. Künftig wird man das nicht wieder tun. d) Man soll nicht über die Vergangenheit reden. Man soll nach vorne blicken. Wer darauf hinweist, rechtzeitig gewarnt zu haben, ätzt nur, ist nicht konstruktiv. Hindert daran, daß man jetzt zusammenhält und gemeinsam den Schaden mindert. Wer gegen die Herrschenden recht behalten hat, dem verzeiht man nie. (Insofern nützt es denjenigen auch nicht, zu schweigen. Schon nur aktenkundig zu machen, daß es andere Meinungen möglich waren, ist ein dauerhaftes Hindernis, jemals wieder zu den Klüngelrunden zugelassen zu werden.

Alle Risiken werden auf die Öffentlichkeit abgeladen. Und man setzt sich selber so unter Zugzwang, daß ständig schlechtem Geld, das schon verloren ist, weiteres gutes hinter her geschmissen wird. So auch beim Space Park. Obwohl am Anfang behauptet wurde, ohne den Ocean Park in Bremerhaven könne er nicht funktionieren, wurde seine öffentliche Finanzierung beschlossen, nachdem klar war, daß der Ocean Park nicht kommen würde. Obwohl gesagt wurde,

65

daß Bremen nicht in das Betreiberrisiko des Vergnügungsteiles des Space Parks Geld stecken würde, hat Bremen beschlossen, sich an der Betreiberfirma zu beteiligen. Und das über drei Jahre nachdem der Space Park, der zur Expo 2000 hatte eröffnet werden sollen, noch immer nicht voll eröffnet ist. Spätestens nach der Expo 2000 hat jeder sehen können, daß die vollmundigen Versprechen über ein für die öffentliche Hand kostenloses Megaereignis nicht eingetreten sind. Wie wenig ernsthaft die privaten Partner solch öffentlich subventionierten Unternehmungen betreiben, läßt sich am Space Park gut beobachten. Auch dreieinhalb Jahre nach dem anvisierten Öffnungstermin sind die Attraktionen im Space Park noch nicht fertig.³⁷ Die, die angeboten werden, sind nicht ausgetestet (Achterbahn). Der Zuspruch läßt bei einem ermäßigten Preis zu wünschen übrig, klarer gesagt, es herrscht gähnende Leere. Ohne Rücksicht auf die auch jetzt schon vorliegende Erkenntnis, daß der Space Park, der schon bei Vollausslastung ab dem anfangs vorgesehenen Eröffnungstermin ein Defizitgeschäft für die öffentliche Hand geworden wäre, eine finanzielle Katastrophe schon ist und immer mehr wird, wird ein neues Großprojekt in entsprechender Form in Bremen eingeleitet und schon massenweise Geld auf Pump dafür verpulvert. Es wird „Überseestadt“ genannt. Im Vorgriff auf die realen Ereignisse werden schon die Namensschilder in der Stadt angeschraubt. Diese prinzipielle Unfähigkeit zur Wahrheit ist ein wichtiger Bestandteil dessen, was ich Bremer Verhältnisse nenne.

Zuletzt die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die in Bremen hätte ein nationales Zentrum bilden können. Seitdem Eduscho und Becks aufgekauft worden sind, gibt es keine Entscheidungszentrale von nennenswerter Bedeutung in Bremen mehr. Bremen ist hie und da verlängerte Werkbank. Nicht einmal auf den Gebieten, auf denen man Bremen besondere Kompetenz unterstellen will, Logistik und Groß- und Außenhandel können die in Bremen tätigen Leistungsanbieter, trotz massivster Subventionen mit der nationalen Entwicklung mithalten. Dabei ist die nationale Entwicklung schon geringer als die internationale.

Bremen ist zu einem regionalen Zentrum herabgesunken, in dem es keine Perspektiven mehr gibt. Die, die den Trend zu größeren Einheiten verschlafen haben, werden hofiert und subventioniert bis zum Zusammenbruch. Alle Ressourcen werden verschleudert – die Bürger werden auf Jahrzehnte hinaus belastet. Wer kann, flieht. Wer hier her kommt, wenn es nicht aus persönlichen Gründen ist, hat entweder den Überblick verloren oder gehört zu den schnellen Absahnern. So reihen wir uns ein in die Provinzstädte, die außer ihrer Vergangenheit nichts für die Zukunft in die Waagschale zu werfen haben. Wir machen den relativen Abstieg Deutschlands in der Welt an vorderster Front mit. Wie am Anfang der Geschichte, als die Bischöfe sich an Kaiser, Könige und Päpste anhängten und Privilegien sich geben ließen oder später fälschten, durch Raub, Weglagererei, auf See genannte Kaperei, durch Ausbeutung des Umlandes, mit militärisch erzwungenen Monopolen – so werden wieder in heutiger Form die Einkommen der Oberen in der Stadt gesichert. Sie versuchen sich an die Mächtigen in Bund und Europa anzuhängen, ihnen ihre Stimme zu verkaufen, um dadurch nicht durch Leistung Einkommen zu erzielen. Investitionen in überlegene Leitungserbringung macht in Bremen keinen Sinn, sind vielmehr schädlich. Wer keine Privilegien beansprucht, könnte unabhängig werden und daher gefährlich. Er wird so lange behindert, bis er klein beigibt oder die Stadt verlässt. Die Unternehmen in Bremen sind praktisch in einen Investitionsstreik getreten. Das ist rational, denn durch Beziehungen verdient man mehr Geld als durch Investitionen. Wer eigenes Geld auf eigenes Risiko in Bremen investiert – ohne sich des Filzes zu versichern, der verliert es. Wer kein eigenes Geld einsetzt sondern nur öffentliche Subventionen in Empfang nimmt und sein eigenes durch öffentliche Garantien absichern lässt, der verdient in Bremen überdurchschnittlich Geld. Er muss dafür aber auf eine eigene Sicht der Dinge also selbst auf Gedankenfreiheit verzichten.

Das geistige Klima wird deswegen zunehmend dominiert von der Mentalität der herrschenden Ausbeuter. Die, die ihr eigenes Einkommen nicht durch Leistung schaffen müssen, loben die Langsamkeit, die Gelassenheit, das Bummeln und Flanieren. Sie bauen sich mit öffentlichen Mitteln, die weitgehend aus den anderen Bundesländern, der Europäischen Union und aus Krediten stammen, Schlösser, genannt Bummelboulevards, Arenen, Museen, öffentliche Gärten, Landschaftsparks, ökologische Nischen oder anders genannt und schleifen sie auch wieder, wenn sie aus der Mode kommen usw.. Sie kaufen sich mit den Geldern der anderen Konzerte, Theater und Vergnügungen und spektakuläre Ereignisse, sie reisen auf öffentliche Kosten auf Messen und sonst wo hin, wo sie sich auch noch die einflußreichen Gesprächspartner kaufen usw. Sie verhalten sich wie die Hofschranzen an den barocken Fürstenhöfen, die auch sich mit Bauwerken á la Mode umgaben, Konzertorchester unterhielten und in wunderschönen künstlichen Gärten bei Schäferspielchen von der einfachen Natur träumten usw. während die Masse der Bevölkerung immer höhere Lasten aufgebürdet erhielten, verarmten und die öffentlichen Haushalte durch Verschuldung dem Staatsbankrott entgegen eilten, während die öffentliche Infrastruktur für die allgemeine Produktion durchaus im Kontrast zu den Vergnügungstempeln Verfallserscheinungen aufwies.

³⁷ Das entspricht im Bund z. B. der Förderung dem Projekt Magnetschwebebahn „Transrapid“. Trotz jahrzehntelanger Förderung ist er nicht technisch so fertig, daß er in Shanghai technisch problemlos laufen könnte. Die Herstellerfirmen wollen für den Betrieb keinerlei eigenes Risiko übernehmen. Sonst drängt sich die Industrie geradezu, eingeführte öffentliche Großprojekte wie z.B. Flughäfen, und Monopolbetriebe wie z.B. Abwasserleitungen selber zu betreiben.

Im gesellschaftlichen und öffentlichen Leben Bremens gilt:

Nicht klare einfache Regelungen werden angestrebt, die von den Bürgern verstanden und selber eingehalten werden. Nein es werden immer wieder „Kann“ Bestimmungen erlassen, klare Regelungen lieber aufgehoben und durch unklare ersetzt, so daß eigentlich nur solche Personen, die eben nicht durch überlegene Leistung auffallen, sondern durch mitmachen unauffällig bleiben und den fest gefügten Beziehungen und den damit einhergehenden Privilegien nicht gefährlich werden etwas werden können.

Die öffentliche Infrastruktur wird z.T. dahingehend mißbraucht, Monopole an Private zu vergeben, also zu begünstigen und zu bestrafen. Sie wird eher nach ideologischen oder Interessengesichtspunkten Einzelner geplant, hergestellt und betrieben als nach den Gesichtspunkten der Erhöhung der volkswirtschaftlichen Rationalität.

Marktwirtschaft

Marktwirtschaft ist für den Bereich der Leistungserbringung – nicht für alle Lebensbereiche – durch sein sich bildendes Preissystem ein guter Maßstab. Es spiegelt die Kosten der Produktionsfaktoren wider und gibt damit ein rationales Bezugssystem für alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, um die Produktivität der Volkswirtschaft zu erhöhen.

Im Bereich der Wirtschaft werden die Güter und Dienstleistungen produziert, die über den Markt nachgefragt und gegen Geld ausgetauscht werden. Er soll so organisiert werden, daß die Ergebnisse mit möglichst geringem Aufwand hergestellt werden. Die Elemente der Produktion werden über Märkte beschafft und erhalten dabei einen Preis. Über den Preismechanismus des Marktes können die günstigste Zusammensetzung der Produktionsfaktoren erreicht werden.³⁸ Der Grund und Zweck der Endnachfrage eines Produktes oder einer Dienstleistung liegen außerhalb des Bereiches der Wirtschaft. Sowohl in der Betriebswirtschaftslehre als auch in der Volkswirtschaftslehre gibt es ausgeklügelte Verfahren, die jeweiligen Kosten den Verursachern zuzuordnen. Das kann bei einigen Gemeinkosten nicht vollständig gelingen. Aber das Prinzip ist klar und muß angestrebt werden, damit ein Betrieb seine Kosten niedrig halten kann und der Verbraucher im Preis auch die Gemeinkosten trägt und damit die Volkswirtschaft mit möglichst geringem Aufwand die Bedürfnisse der Gesellschaft deckt. Nur ein Preissystem, das die Kosten der Produktionsfaktoren widerspiegelt, bildet einen Rahmen, in dem die einzelnen Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen sich so orientieren können, daß sie den möglichst größten Beitrag zum allgemeinen Wohlstand leisten. Nur so besteht in der Volkswirtschaft ein rationales Bezugssystem, auf das sich einzelne Akteure und die öffentlichen Hände beziehen können, um eine an der Produktivität orientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben und die einzelnen Wirtschaftssubjekte durch ihr je Interessen geleitetes Verhalten einen Beitrag zu diesem volkswirtschaftlichen Ziel leisten.

Keine rationale Bezugsgröße

Die Bremer Verhältnisse im Bund und noch mehr in Bremen haben das Preissystem als rationale Bezugsgröße völlig zerstört. Kein Mensch weiß mehr, was wirklich die volkswirtschaftlichen Kosten der Produktion sind. Alle Elemente der Produktion werden irgendwie subventioniert oder es werden ihnen Sonderlasten auferlegt, die mit ihrer Inanspruchnahme in keinem Zusammenhang stehen. Wir sind der untergegangenen DDR Wirtschaft mit ihren politischen Preisen näher als einer Marktwirtschaft.

Grund und Boden: Es gibt in Bremen kaum mehr einen Freien Markt für Gewerbegrundstücke. Er ist praktisch verstaatlicht. Bremen kauft landwirtschaftliche Nutzfläche, erschließt sie als Gewerbeland und verkauft es unterhalb der Herstellungskosten als Ge-

³⁸ Ausnahmen sind z.B. Monopole. Wenn Produktionsbedingungen erforderlich aber nicht vermehrbar sind, können sie einen übermäßigen Anteil des Wertes der Produktion auf sich ziehen. Regelmäßig versuchen dann die Staaten solche übermäßigen Gewinne z.B. aus Lagerstätten für die Allgemeinheit abzuschöpfen. Ein anderes Beispiel sind die Arbeitsmärkte. Einerseits reagieren sie entgegengesetzt zum allgemeinen Angebots-Preismechanismus: Je niedriger die Löhne und Gehälter, um so größer wird das Angebot. Der Staat als Ordnungsgeber und Wahrer der Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung muß daher Mindesteinkommen festlegen. Sie müssen das ausreichende Einkommen der Mitglieder der Gesellschaft garantieren. Dazu gehört auch die Kosten des Nachwuchses und der Ausbildung.

wergrundstücke. Da kann kein privater mithalten. Die Folgekosten für die öffentlich Hand was z.B. Unterhalt, Abwasserkanalisation, Reinhaltung, Beleuchtung, Sicherheit, Zinsen, Abschreibungen usw. anbelangt, werden nicht einmal generell erhoben, geschweige denn im Einzelnen und den Nutzern der Grundstücke in Rechnung gestellt. Da der Meß-
5 betrag der Grundsteuer nach all der Ausweitung der Gewerbeflächen in den letzten zehn Jahren nicht nennenswert gestiegen ist, ist auch klar, daß darüber die massiv gestiegenen Kosten nicht gedeckt werden.

Kapital

10 Es gibt unendlich viele Kapitalförderungsprogramme auf den verschiedenen staatlichen Ebenen mit den verschiedensten Methoden, die alle den Unternehmen das erforderliche Betriebskapital bezuschussen. Die riesige Vergabebürokratie wird den Unternehmen auch nicht im Ansatz in Rechnung gestellt. Es gibt keinen Ansatz, die Kosten auch nur so zu erfassen, daß die Öffentlichkeit auch nur eine Ahnung von den Gesamtkosten der Kapitalförderung hätte. Auch im Jahr 2003, in dem vom Subventionsabbau in der Öffent-
15 lichkeit ununterbrochen die Rede war, wurden munter auslaufende Kapitalsubventionen verlängert³⁹ und neu beschlossen⁴⁰.

Energie.

20 Auch bei der Energie weiß niemand was realistische Kosten sind. Die Steinkohlensubventionen, die höher sind als die Lohnkosten der Bergleute, halten eine Produktion am Markt, die ohne sie längst verschwunden wäre, für die Kernenergie hat Jahrzehnte lang ein eigenes Ministerium gearbeitet, ohne daß ihr die Kosten in Rechnung gestellt worden wären. Die Forschung und Entwicklung wurde weitestgehend vom Staat bezahlt. Die auf die Jahrtausende nach ihrer Abschaltung von der Allgemeinheit zu tragenden Sicherungskosten des Abfalls in den Endlagerstätten gehen in die Kostenrechnung nicht ein,
25 usw., der Windenergie wird durch das Erneuerbare Energiegesetz Preise garantiert, ohne die sie unter gegenwärtigen Marktbedingungen nicht entstehen würde. Gleichzeitig werden die privaten Endverbraucher mit Sondersteuern belegt wie z.B. die Ökosteuern, die mit den Allgemerkosten der Energienutzung in keinem erkennbaren Zusammenhang steht, zumal große Endverbraucher, wie die Aluminiumindustrie sie nicht zahlen müssen.
30 Bremen verdreht dieses irrationale Bezugssystem noch einmal dadurch, daß es den Bremer Stahlwerken die Energierechnung verbilligt, indem es für das Verbrennen von Kunststoffmüll viel Geld zahlt, während dafür die Bremer Entsorgungsbetriebe, die aus dem Verbrennen von Müll Fernwärme herstellen und verkaufen, nun die im Müll fehlenden Kalorien durch zusätzlich eingespritzte Erdöl verteuern.

Verkehr.

35 Die verschiedenen Verkehrsträger des Güter- und Personenverkehrs werden mit Kosten be- bzw. entlastet, die nichts mit den verursachten Kosten zu tun haben. Während der private Autofahrer mehr öffentliche Lasten trägt als er verursacht, trägt der Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen einen lächerlich geringen Anteil zu seinen Verkehrswegekosten durch Gebühren und Abgaben bei (der Anteil liegt m.W. irgendwo zwischen ein und zwei Prozent). Die Preise des Öffentlichen Personennahverkehrs haben nun wieder-
40 um fast nichts mit den bei ihm entstehenden Kosten zu tun. Es handelt sich um komplett politische Preise. Die Deutsche Bahn wiederum wurde von riesigen Kostenblöcken wie z.B. Schulden und Pensionen entlastet und nimmt daraufhin wieder Milliarden Euro Kredite auf, nicht um den Verkehr produktiver zu machen, sondern um die Bahnhöfe in Konsumtempel zu verwandeln, läßt sich aber weiter von Bund, Länder und Kommunen Investitionen durch öffentliche Zuschüsse bezahlen – wieder kennt keiner die wirklichen Kosten. Der Luftverkehr braucht weder Mineralölsteuer noch sonstige Ökosteuern zu be-
45 zahlen. Die Flughäfen werden als kommunale Einrichtung zu Schlössern ausgebaut, deren Kosten in der Regel die Nutzer nicht zahlen wollen. Es können von allen mögliche Kosten entlastete Fluggesellschaften mit albernen Angeboten werben, daß das Taxi zum Flughafen teurer sei als der Flug über europäische Länder. All das zeigt die totale Verzerrung des Marktpreissystems als rationales Orientierungssystem um die Produktionsfaktoren dorthin zu lenken, wo die volkswirtschaftlich niedrigsten Kosten entstehen. Eine
50 an der Produktivität orientierte Wirtschaftspolitik ist so überhaupt nicht möglich. Bremen trägt in diesem generell von der Bundespolitik dominierten Ordnungsbereich dazu bei, daß in diesem wichtige Faktor der Wirtschaft die reine Irrationalität herrschen

³⁹ Z.B. die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Beteiligung an Schiffbaufinanzierung

⁴⁰ Z.B. Verbilligung von Krediten für Wohnungsmodernisierung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

muß. So z.B. mit seiner Lobbyarbeit für die Schiffbausubventionen, für den Ausbau der nach Bremen führenden Binnenwasserstraßen unabhängig vom erreichbaren Grad der Kostendeckung, durch den Ausbau der Häfen ohne auch nur annähernd kostendeckende Umschlaggebühren zu nehmen, durch den Ausbau des Flughafens zum Schloß dessen Kosten weder durch damit erreichte Kosteneinsparungen gedeckt noch von den Fluggästen und Frachtführern bezahlt werden, einem hoch subventionierten ÖPNV, für den es gar keine Vollkostenrechnung gibt, durch Reihenweise öffentlich bezahlte oder bezuschußte Modellprojekte wie City-Logistik, Teil-Auto, Organisation betrieblicher Fahrge-
meinschaften, usw..

Arbeitskraft als Kostenfaktor der Produktion⁴¹

Lohn und Gehalt müssen die Kosten der Arbeit decken. Die Kosten der Arbeit sind zu-
mindest diejenigen, die in der Gesellschaft zum Ersatz der verausgabten Arbeitskraft
erforderlich sind. Zum Mindestlohn⁴² gehören die allgemeinen kulturellen Standards z.B.
an durchschnittlicher Arbeitszeit und die für die besondere Qualifikation der Arbeit erfor-
derlichen Ausbildungskosten. Darin gehen alle Elemente ein, die für ein kulturell inte-
griertes Leben in unserer Gesellschaft erforderlich sind. Aber für fast kein Element des
menschlichen Lebens sind Kostpreise bekannt. Entweder werden diese Elemente gar
nicht unter marktwirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten hergestellt, oder deren Ko-
stenstruktur wird durch Subventionen und Sonderlasten so verzerrt, daß die wirklichen
Gestehungskosten gar nicht mehr ermittelt werden können. So z.B.

Nahrungs- und Genußmittel für die Ernährung. So weit die Urproduktion in bäuerli-
chen Betrieben erfolgt, verzerren die Agrarsubventionen und Unordnung herbeiführenden
Eingriffe die Preis- und Angebotsstruktur so sehr, daß die volkswirtschaftlichen Kosten
der Ernährung nicht mehr zu ermitteln sind.

Wohnen. Für das Wohnen gilt das Gleiche. Was das Wohnen volkswirtschaftlich kostet,
weiß kein Mensch. Die Fehlleitung der Produktionsfaktoren im Bereich des Wohnens
springen im deutschen Osten ja ins Auge. Bremen hat in vielen Bereichen modellhaft für
die Irrationalität auf dem Wohnungsmarkt im deutschen Osten vorgearbeitet. Es hat nach
dem Fall der Mauer ja auch viele Entwicklungshelfer in dem Sinne in die neuen Bundes-
länder entsandt. Auch die Zurechnung der feststellbaren Kosten als Kosten der Arbeit
wird durch Übernahme der Wohnungskosten durch Wohngeld, Mietzuschuß, verbilligte
Wohnungsbaukredite usw. vereitelt.

Erziehung, Bildung, Ausbildung.⁴³

Sie findet fast vollständig in gesellschaftlichen Bereichen statt, die keine oder keine
Vollkostenrechnung betreiben. Es gab lange Zeit nicht einmal einen Begriff der Effekti-
vität der Bildung. So konnte nicht einmal im Ansatz gemessen werden, ob eine Bil-
dungsinstitution überhaupt eine Leistung im Sinne der Erziehung und Bildung hervor-
bringt. Einen Bezug der Kosten ist schon gar nicht möglich.⁴⁴ Die Diskussion um Studi-
engebühren hat einerseits nichts mit den Kosten der Ausbildung zu tun und führt ande-
rerseits zu einer völlig verfehlten Trägerschaft der Kosten.

⁴¹ Selbstverständlich ist der Mensch weder auf die Arbeit zu reduzieren und noch weniger auf einen Kostenfaktor. Die
Wirtschaft als gesellschaftlicher Bereich wird ja gerade so organisiert, daß alle Produktionskosten so gesenkt werden,
daß sie möglichst billiger sind als Arbeitskraft. Das soll dazu führen, daß die Menschen mit möglichst geringem eigenen
Aufwand möglichst viele ihrer Zwecke, die außerhalb des gesellschaftlichen Bereiches angesiedelt sind, verwirklichen
können. Dennoch muß ermittelt werden können, welche Kosten beim Einsatz von menschlicher Arbeit real der Gesell-
schaft entstehen, ohne daß damit irgend etwas über den Wert des Menschen aussagen könnte oder sollte.

⁴² Siehe dazu Ausführung Mindesteinkommen [Mindesteinkommen, Sozialhilfe.doc](#)

⁴³ Auch hier soll vorsorglich betont werden, daß Erziehung und Bildung nicht in erster Linie der Arbeit im Bereich der
Wirtschaft dienen soll. Es ist ein eigenständiger gesellschaftlicher Bereich. Die Ziele und Zwecke werden individuelle
und gesellschaftlich festgelegt. Aber die Leistungen zur Erreichung dieser Ziele können durchaus so erbracht werden,
daß erfaßt wird, welche Mittel dafür eingesetzt werden und wie effektiv sie sind.

⁴⁴ Erst jüngst wurde mit den „Pisa“ Studien ein erster Ansatz gemacht, wenigstens einige Bildungsziele so zu definie-
ren, daß es möglich war, vergleichend festzustellen, inwieweit sie erreicht wurden. Bremen schloß im Ländervergleich
am schlechtesten ab und hat dabei den relativ höchsten meßbaren Aufwand betrieben. Auch steht Bremen nicht einzig
in der Bundesrepublik da, aber es ist ein besonders negatives Beispiel für die Verhältnisse in Deutschland, die nicht
grundsätzlich sondern nur graduell besser sind. Die Reformdiskussion im Anschluß an die Ergebnisse der Pisa Studien
haben in keiner Weise zur Einführung rationaler Maßstäbe geführt. Das ist aber eigene Beiträge wert.

Gesundheit, Bildung, zukunftsfähige Finanzen, Schutz der Umwelt und der natürliche Ressourcen

Spätestens seit der Diskussion über die Grenzen des Wachstums ist Allgemeingut, daß die natürlichen Lebensbedingungen zu pflegen, schützen und zu bewahren sind. Die Gesundheit und guten Aufwuchsbedingungen für die Menschen in den Städten sind schon seit den Reformbestrebungen um die vorvergangene Jahrhundertwende Maßstab für das Öffentliche Leben in den Städten. Einerseits ist in Deutschland nach Inflation 1923 und Währungsreform 1949 Gemeingut und daher Maßstab für gutes öffentliches Handeln, daß die gegenwärtige Generation nicht auf Kosten der künftigen leben darf – und daher eine immer steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte eine Versündigung ist. Zur Weiterentwicklung müssen die Lebensbedingungen eigentlich ständig verbessert werden. Die Auseinandersetzung um die Kolonien in Deutschland –unter dem Schlagwort „Volk ohne Raum“ und „Ein Platz an der Sonne“ geführt, ist mit der zweimaligen Niederlage Deutschlands in den Weltkriegen entschieden worden. Die Entlassung vieler Kolonialgebiete seit dem Zweiten Weltkrieg hat auch in den Kolonialstaaten gezeigt, daß die Ausbeutung anderer Räume generell zwar wenigen Profiteuren nützt, aber der Volkswirtschaft der Kolonialstaaten insgesamt schadet. Deutschland hat gezwungener Maßen früh gelernt, nur durch eigene Leistungsfähigkeit kann der Volkwohlstand nachhaltig gemehrt werden. Unter dem Schlagwort „Wissenschaft bricht Monopole⁴⁵“ wurde diese Erkenntnis popularisiert. Daß dies nicht nur eine Erkenntnis war, die der Not bzw. der Machtlosigkeit gehorchte, erwies sich nach dem Zweiten Weltkrieg, als die verbliebenen Kolonialmächte in schwere Krisen gerieten und um so mehr von anderen Volkswirtschaften überholt wurden, je länger sie an der Kolonialherrschaft festhielten. In dem Wort „Wissenschaft“ steckt die Erkenntnis, daß Bildung und Wissen der produktivste Faktor der menschlichen Zusammenarbeit ist. Diese weiter zu entwickeln und die Potentiale zu fördern ist daher die vornehmste Aufgabe der für Bildung und Erziehung Verantwortlichen, und das sind fast alle Erwachsenen, aber nach Grundgesetz im öffentlichen Bereich vor allem die Länder.

Schlechte Bildung

Die Möglichkeiten der menschlichen Entwicklung, deren Grund bei der Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen gelegt wird, werden in Deutschland bei Weitem nicht ausgeschöpft. Die Ergebnisse der vergleichenden „Zims-“, und „Pisa“ – Studie, zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der Bildungssituation. Aber bei denen schneidet das Deutsche Bildungssystem relativ schlecht ab. Bremen schneidet in den meisten Bewertungskriterien am schlechtesten in Deutschland ab. In Bremen ist Bildung ein relativ untergeordnetes öffentliches Thema. Den Bremer Kaufleuten sagt man eine Geringschätzung der formalen Bildung nach. Wenn sie über den Werdegang Ihrer Kinder berichten, soll das häufig sich so anhören: Der Älteste wurde Kaufmann und übernimmt die Firma. Der Zweite mußte dann ja leider studieren. Für Mädchen ist eigentlich nur die „Herzensbildung“ wesentlich. Erst mit den Reformbestrebungen ab Ende der 60er Jahre leistete sich Bremen eine Universität. Bis zu den veröffentlichten Ergebnissen der Pisa – Studie war praktisch das einzige Thema in der Schulpolitik Bremens die „zuverlässige Schule“. Das bedeutete, daß sie zuverlässig die Kinder von acht bis dreizehn Uhr aufbewahrt. Ob und welche Bildungsinhalte mit welcher Effektivität während dessen vermittelt werden, spielte keine Rolle. Trotz der schlechten Testergebnisse bei „Pisa“ ist das Bremer Schulwesen mit das teuerste in der Bundesrepublik⁴⁶. Die Schlußfolgerung aus diesem Versagen weist in Bremen in die gleiche Richtung wie sonst in der Bundesrepublik. Nicht mehr Förderung der Kinder und Jugendlichen und Heben aller Bildungspotentiale, sondern zurück zu der verschärften sozialen Auslese der fünfziger Jahre.

⁴⁵ Damit waren auch und gerade koloniale Rohstoffmonopole gemeint. Das Paradebeispiel dafür war die Kohlechemie, mit der die in kolonialen Plantagen geernteten Naturprodukte nicht nur eingeholt sondern von Preis und Qualität her überholt wurden z.B. Farben, Kautschuk

⁴⁶ Seit dem Kriege wird die Schulverwaltung von einem Senator aus der SPD gestellt. Sie hat es noch schlechter als anderswo geschafft, die soziale Vorauslese bei der Bildungsbeteiligung zurück zu führen. Bremen und die SPD ist bei der wichtigsten Aufgabe der Landespolitik ohne alle mildernden Umstände, daß die Wähler nicht so gelassen hätten, wie sie wollte, gescheitert. Sie hat sich an Generationen von jungen Menschen versündigt, indem sie deren Entwicklung von Fähigkeiten weit unter den Möglichkeiten gefördert hat.

Auch auf allen anderen Feldern der Zukunftssicherung versagen die Bremer Unternehmen und die Politik. Die Industrie desinvestiert, d.h. sie investiert weniger als sie verfallen läßt und abreißt. Die Politik gibt Luxuskonsum als Investitionen aus. Sie vergeudet alle Ressourcen oder verpfändet sie an ihre Klientel für mehr als eine Generation. Siehe dazu Beitrag Plünderung aller Ressourcen. Bremen verhält sich dabei besonders verantwortungslos gegenüber der Nachwelt und gegenüber den anderen Gebietskörperschaften. Da Bremen trotz der Entschuldungshilfen des Bundes seine Schulden weiter vermehrt hat, setzt es darauf, daß der Bund immer wieder gezwungen wird, die von Bremen aufgenommene Schulden zu bedienen und zu tilgen. Das ist eine andere Form der Ausbeutung anderer Gebiete und deren Bevölkerung.⁴⁷ Aber auch Flächen werden in einem Subventionswettbewerb an die Unternehmen verschleudert und dabei die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtert – während auch die Erwerbsmöglichkeiten abnehmen. Erholungsgebiete auch bei dicht bebauten Stadtteilen, werden zunehmend bebaut und anderen Nutzungen als der Erholung zugeführt. Alle Maßstäbe einer guten räumlichen Ordnung werden verkauft.

Leistungswille

Die Bürger sollen nicht zu erst fragen, was das Land für sie tun kann, sondern zuerst sich fragen, was sie für das Land tun können. Auf diese Auffassung vom ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) John F. Kennedy ist in Zitaten bei öffentlichen Reden häufig verwiesen worden. Das gilt nicht nur für die Bürger eines Gemeinwesens, das für das eigene Leben und Wohlergehen eine große Bedeutung hat. Das gilt ganz besonders auch für das kleine Bundesland Bremen gegenüber der Bundesrepublik: Welche Leistungen kann Bremen erbringen, damit die Bundesbürger und die anderen Bundesländer es als einen Vorteil sehen, wenn Bremen ein eigenständiges Bundesland bleibt.⁴⁸ Bremen verstand sich zunächst und vor allem als Hafen für die Bundesrepublik. Es tat alles, um dieser Funktion – natürlich nach Hamburg – genüge zu tun. Schließlich waren die sonstigen Europäischen Häfen für die deutsche Wirtschaft zunächst nicht so zugänglich wie heute. Planungen für die Häfen hatten in Bremen immer eine höhere Priorität als sie jemals für ein Flächenland hätte erreichen können. Als die Bedeutung der Bremischen Häfen für die deutsche Wirtschaft abnahm, weil die anderen Europäischen Häfen auch der deutschen Wirtschaft offen standen und z.T. günstiger waren und der internationale Personenlinienverkehr ganz auf das Flugzeug übergegangen war, wurde Bremen Reformmotor auf vielen öffentlichen Bereichen in der Bundesrepublik. Bremen konnte integrierte Strategien, die Landes- und Gemeindekompetenz bündelten, beispielhaft realisieren, die in Flächenländer erheblich größere Abstimmungsprobleme hatten. Es gab mehrere „Bremer Modell“, die in der Bundesrepublik heiß diskutiert wurden. Das galt sowohl beim Städtebau, Stadtanierung, Denkmalpflege, im Kleingartenwesen, bei Organisation der sozialen Dienste und schließlich auch bei der Universitätsgründung. Bremen stellte sich als politisches Experimentierfeld zur Verfügung.

40 Anspruchshaltung

Der damals neue Präsidenten des Senats, Bürgermeister Klaus Wedemeier, machte 198? In seiner Antrittsrede den Bruch gegenüber früher und den diametralen Gegensatz zu der Maxime von John F. Kennedy deutlich, indem er betonte: Bremen hat Ansprüche an die Bundesrepublik. Es ist „Wunschkind“ der Verfassung, und die anderen Bundesbürger

⁴⁷ Deutschland schickt sich an, auf dem Balkan und anderswo in der Welt als Juniorpartner Protektorate nach eigenen Gesichtspunkten und Interessen zu modeln. Wie in den Kolonien, in denen die Währungen der Herrenländer galten und sie so an eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung hinderten, gilt jetzt schon in Protektoraten auf dem Balkan (Kosovo, Montenegro, Mazedonien) rechtlich oder faktisch erst die DM jetzt der Euro. Das führt in den Gebieten zu einer nicht zu überwindenden Arbeitslosigkeit und zur dauerhaften Belastung der Länder, die das Protektorat aufrecht erhalten. Gleichzeitig profitieren natürlich die Firmen, die im Auftrag der Regierungen dort tätig sind. Auch Ostdeutschland kann man wirtschaftlich unter dem Aspekt betrachten. Politisch natürlich ganz anders. Dazu eigener Beitrag.

⁴⁸ Das Wiedererstehen Bremens als eigenständige politische Einheit in traditionellem Zuschnitt, obwohl sonst so viele neue Länder von den Alliierten geformt wurden wie NRW, Baden Württemberg, hatte den schlichten historischen Grund, daß während der Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg Bremen eine Besatzungsklave der Amerikaner im sonst englisch besetzten Norddeutschland war. Die Amerikaner transportierten ihr Militär – damals ja einschließlich Soldaten – noch überwiegend auf dem Seeweg und schlugen es in einem von ihnen kontrollierten Hafen um. Bremen verstand

müssen Bremen auf dem Niveau der anderen Länder unterhalten einschließlich einer Regierungsbürokratie, als sei Bremen ein Bundesland wie die anderen auch. Seitdem werden immer neue Ansprüche formuliert. Z.B. eine Stadt mit über 500.000 Einwohnern muß doch eine Messe haben, ein Konzerthaus aufweisen, alle fünf Jahre die City mit neuen Natursteinen pflastern etc. pp. Wir müssen eben überall in der ersten Liga spielen. Und wenn die eigene Kraft dafür nicht ausreicht, müssen uns die anderen die Mittel dafür bereit stellen. Eine Gegenleistung wird nicht mehr in Aussicht gestellt, warum auch, wir haben ja einen Anspruch darauf. Mit zwei Verfassungsgerichtsurteilen zu der Haushaltsnotlage Bremens schien diese Haltung auch noch höchst richterlich abgesegnet zu sein. Für die Bürger Bremens kommt dabei aber keine Versorgung erster Klasse heraus. Bei der Bildung schon gar nicht. Aber auch sonst wird ihnen als Maßstab der Versorgung immer der Durchschnitt der anderen Bundesländer vorgehalten. Wenn Bremen aber keine besonderen Leistungen mehr erbringt, weder für seine Bürger noch für die anderen Bundesländer, weswegen soll es dann noch ein eigenes Bundesland bleiben?

Kontrolle wirtschaftlicher Macht

Das Grundgesetz ist mit aus der historischen Erfahrung geboren, daß Monopole im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu überwältigender Macht auf der Seite der Monopole und Unfreiheit und Ausbeutung auf der anderen Seite führt. Die angelsächsischen Alliierten haben ihren Grundsatz der „countervailing powers“ eingebracht. So soll unsere Freiheit auch dadurch gesichert werden, daß einerseits die großen Organisationen innerlich demokratisch kontrolliert werden (viele Ebenen der Mitbestimmung) und andererseits durch Kartellrecht, Verbot der Ausschließlichkeitsverträge gesichert wird, daß möglichst keine Organisation eine Monopolposition einnimmt. Wo das aus wirtschaftlichen Erwägungen wie z.B. bei technischer Infrastruktur und insbesondere bei staatlichen Machtorganen unabweislich ist, muß als Gegenmacht die öffentliche Kontrolle von außen umfassend sein und intern organisiert werden.

Monopolpositionen aufbauen

Die in Bremen Handelnden haben in Vergangenheit und Gegenwart immer versucht, Monopolpositionen aufzubauen. Aus solcher Position heraus versuchen sie dann Vorteile herauszuschlagen, sie machen ihre Deals und kommen sich dabei auch noch schlau vor.⁴⁹

Kooperation auf großer Stufenleiter

Die Spezialisierung, Arbeitsteilung und freiwillige Zusammenarbeit in immer größerer Runde hat sich als im Ergebnis überlegene Form der Produktion der materiellen und immateriellen Lebensbedingungen erwiesen. Die Städte waren über lange Zeit der Raum, in denen diese arbeitsteilige Zusammenarbeit organisiert wurde und in denen die dazu passenden Organisationsformen gefunden wurden.

Unfähigkeit zur Zusammenarbeit

Die in Bremen entscheidenden Kreise haben fast nie zu diesen großen Kooperationsformen gefunden. Selbst bei der Hanse, die eine große Kooperationsform zwischen mittelalterlichen Städten war, machte Bremen mehr schlecht, (wurde wegen der Brechung der Regeln auch schon mal ausgeschlossen) als recht mit (teilweise zur Mitgliedschaft gezwungen). Dieser Mangel an freiwilliger Zusammenarbeit macht sich an historischen und aktuellen Details fest. Z.B. die bremische evangelische Kirche hat keine wirkliche gemeinsame Ordnung. Es gibt kein Territorialprinzip der Kirchensprengel. Es gibt keinen Bischof nur einen Schriftführer. Die Glaubensgewißheiten der Pastoren fallen extrem

⁴⁹ Besonders bekannt wurde der Verkauf der Bremer Bundesratstimmen für eine besonders vorteilhafte Pensionsregelung für Bundeswehroffiziere, die daraufhin schon mit 44 Jahren in den Ruhestand treten durften und zwar mit solchen 75 % der aktiven Bezügen.. Sie durften dann noch beliebig hinzu verdienen. Bremen stellte seine Bedenken gegen diese völlig überzogenen Begünstigung einer Berufsgruppe zurück, weil dann die nicht konkurrenzfähige Bremer Werft „Bremer Vulkan“ die Leitung bei dem Rüstungsprogramm der Bundesmarine für einige Fregatten zugeschanzt bekam.

weit auseinander. Es gibt kaum einen gemeinsamen Bezugsrahmen.

Die Bremer Kaufleute haben lange Zeit keine Form gefunden, ihre Kapitalien über das eigene Geschäftshaus und die Familie hinaus zusammen zu legen, um große Unternehmungen zu ermöglichen. Das „Bremer Haus“⁵⁰ ist eine gebaute Form dieser Unfähigkeit.

5 Auch den Handel mit Amerika finanzierten sie lieber mit persönlichen Bürgschaften als mit von einer Bank gedeckten Wechseln. Nicht aus eigenen Stücken haben die Bremer Kaufleute diese Unfähigkeit in einem historisch kurzen Moment überwunden. Bei den Verhandlungen über den Anschluß an das Deutsche Zollgebiet (1888) verlangte Preußen daß Bremen einen regelmäßigen Postfrachtverkehr nach Amerika bereit zu stellen habe. 10 Das ging nur mit Dampfschiffen. Um die zu finanzieren, brachten sie dann Kapital in der Reederei Norddeutscher Lloyd zusammen. Das war dann eine Erfolgsgeschichte, die Bremen zu einer nachgeholt Industrialisierung in für die damaligen Verhältnisse großen Einheiten führte. Aber auf dem erreichten Status der damaligen Modernität und Größe sind sie dann stehen geblieben. Die Bremer Kapitalbesitzer schafften es nicht, ihre 15 modernen Produktionen und Dienstleistungen durch große Kooperation so leistungsfähig zu machen, daß sie mit den größeren Gebilden konkurrieren können. Große Aktiengesellschaften mit Sitz in Bremen gibt es nicht. Trotz hervorragender Ausgangslage und Ansätzen ist in Bremen kein großer Handels oder Logistikkonzern entstanden bzw. konnte sich halten⁵¹. Die großen von Einzeleigentümern geführten Unternehmen, haben – wie vielfach auch anderswo – es nicht geschafft, Miteigentümer so einzubinden, daß sie 20 in neue Größenordnungen wachsen können und sind daher untergegangen oder in größere Einheiten aufgegangen⁵². Bremer bezeichnen manchmal ihre Stadt liebevoll als „Dorf mit Straßenbahn“. Das stimmt sowohl teilweise für die Baustruktur und Lebensqualität⁵³ in einigen Stadtvierteln als auch für die Mentalität der Bürger.

25 *Gute Ordnung schaffen*

Die Aufgabe der Politik und öffentlichen Verwaltung ist es, gute allgemeine Ordnung zu schaffen⁵⁴. Das heißt, daß sie für alle in gleicher Situation gleich gilt, einsichtig und leicht verständlich ist, die verantwortungsvollen Bürger ein Eigeninteresse an der Einhaltung der Regeln haben, die Einhaltung der Regelung überwacht wird, das Allgemeinwohl befördert wird: Die allgemeinen Bedingungen des Lebens geschützt und verbessert 30 und die allgemeinen Bedingungen des Wirtschaftens erleichtert, beschleunigt und verbilligt werden. Es dürfen nur die Dinge einer allgemeinen Regelung zugeführt werden, die der allgemeinen Ordnungsgewalt unterworfen werden müssen. Darüber hinaus hat lange historische Erfahrung dazu geführt daß Infrastruktur genannte allgemeine Produktions- 35 und Zirkulationsbedingungen durch öffentliche Monopole bereit gestellt werden. Die allgemeinen Kosten werden durch öffentliche Monopole sehr viel geringer gegenüber privaten miteinander konkurrierenden Anbietern, weil die die meist kapitalintensive Leistung mehrfach anbieten müßten. Das würde zu volkswirtschaftlich sehr viel höheren Kosten führen.⁵⁵ Diese Infrastruktur steht dann allen unter gleichen Bedingungen zur 40 Verfügung und unter öffentlicher Kontrolle. Die letzte Errungenschaft der öffentlichen Infrastruktur ist die Förderung der allgemeinen Bildung durch das öffentliche Schulwesen und Infrastruktur für Kleinkinder sowie Einrichtungen und Regelungen für den sozialen Frieden.

⁵⁰ Dazu folgt ein eigenes Stichwort.

⁵¹ Kühne und Nagel und Norddeutscher Lloyd sind mit ihren Entscheidungszentralen abgewandert.

⁵² Bekannte Namen dazu sind Borgward, Scharnow Reisen, Norddeutscher Lloyd, Kaffee Jacobs, Kaffee Hag, Eduscho, Nordmende, Securitas Versicherung, Focke-Wulf Flugzeugbau, zuletzt Brauerei Becks. Diese Bremer Verhaltensweisen gibt es natürlich auch sonstwo in Deutschland. Bekannte Beispiele sind Grundig, Neckermann, Messerschmitt... Auch dazu soll ein besonderer Beitrag folgen.

⁵³ Die Herrschaft großer Kapitalzusammenballungen muß keineswegs zu guter Lebensqualität führen. Aber von der behaupteten Idylle in dieser Bezeichnung entfernt sich Bremen immer weiter. Auch bemißt sich Lebensqualität nicht nur an Bebauungsstrukturen. Siehe Vergeudung der Ressourcen.

⁵⁴ Was „gut“ ist, bestimmt im Prinzip der Katalog der Menschenrechte, die ausdrücklich nicht abgeschafft werden können. Sehr allgemein heißen sie Freiheit, Gleichheit, Gesundheit, Frieden, Rechtsstaat, Demokratie, Kontrolle wirtschaftlicher Macht, und im konkreten staatlichen Handeln Schaffung der Rahmenbedingungen für produktives wirtschaftliches Handeln, die Grundlage des Wohlstandes. Das sind insbesondere allgemeine Regeln für den Markt, Markttransparenz, Einhaltung von Verträgen, Infrastruktur.

⁵⁵ Beispiel Straßen, Ver- und Entsorgung leitungsgebundener Wirtschaftsgüter für den allgemeinen Gebrauch, Wasser, Abwasser, Elektrizität, Gas.

Zur allgemeinen Ordnung unfähig

Bremen kommt in seinen Kompetenzbereichen diesen Aufgaben besonders schlecht nach. In Bremen gibt es besonders viele kleine Häuser und Grundstücke. Dadurch gibt es besonders viele Nachbarschaften, in denen man eng nebeneinander lebt. Also gibt es viel zu regeln. Eine klare einleuchtende Ordnung würde den sozialen Frieden fördern. Niedersachsen hat ein Nachbarschaftsrecht. Bremen keines. Viele Städte haben einen Mietspiegel, an dem sich Mieter und Vermieter orientieren können. In Bremen konnte man sich auf keinen einigen. Überall werden in Bremen unklare Verkehrsregelungen geschaffen. Die Verkehrsteilnehmer werden aufeinander gehetzt. Dann werden sie aufgefordert, doch freundlich miteinander umzugehen. Typischer Vertreter dieser Politik, sich dauernd die Rolle des bedächtigen Friedensrichters auf den Leib zu schneiden, ist Senatspräsident Henning Scherf⁵⁶. Aber er ist wesentlich dafür verantwortlich, daß viele Konflikte entstehen, weil die Regelungen unklar sind oder eine öffentliche Ordnung ganz vermieden wird. Wo klares Baurecht besteht, das den Bürgern Freiheitsrechte gibt, da wird es häufig ersatzlos gestrichen, damit wieder eine interpretierbare unklare Situation erzeugt wird. Seit Jahrzehnten ist bekannt, daß großflächige Einzelhandelseinrichtungen möglichst in neuen Zentren die Einzelhandelslandschaft modernisieren. Seit zwanzig Jahren ist eine räumliche Ordnung dafür erforderlich. Bremen hat keine geschaffen.⁵⁷ Bei jedem neuen Antrag wird neu geplant. Der Antragsteller hat keine Planungs- oder Rechtsicherheit und damit keine Freiheit im Rahmen einer vorher festgelegten Ordnung. Jedes mal wird ein „Deal“ daraus.⁵⁸

Demokratische, rechtsstaatliche öffentliche Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland mit dem Berufsbeamtentum hat im Prinzip den Ruf oder trägt doch noch den Anspruch vor sich her, unparteiischer Sachwalter der öffentlichen Ordnung und des Gemeinwohls zu sein und die Gesetze unbestechlich und unparteiisch anzuwenden. Soweit die Verwaltung plant und Gesetze vorbereitet, soll sie den Planungsprozeß öffentlich machen und die verschiedenen Belange in der Gesellschaft anhören und gerecht gegeneinander abwägen. Dabei soll das Fachwissen einer gegliederten Verwaltung zusammengeführt werden, um ein auf Wissen und Erfahrung beruhendes Optimum für die Gesellschaft herauszuarbeiten. Es sind alternative Vorschläge zu erarbeiten und die Vor- und Nachteile darzulegen. Die Gesetze und Regelungen sollen mit klar definierten Begriffen allgemeine Regelungen enthalten, die für jedermann gelten, auf den oder die sie zutreffen. Aus dem Text des Gesetzes, der Satzung, Verwaltungsregelung selbst soll die Rechtsfolge für die den Regelung unterworfenen klar hervorgehen. Die Regelung soll für einen unbekannte Vielzahl von anonymen Personen gelten und nicht für einen Einzelfall aufgestellt werden. Sie sollen erforderlich sein, weil ohne sie die öffentliche Ordnung durch das Handeln der Privaten empfindlich gestört würde oder wesentliche Rechte anderer Privater verletzt würden. Die Vorgänge in der Verwaltung sollen nachvollziehbar für die Öffentlichkeit festgehalten werden, also in Akten dokumentiert werden. Die Öffentlichkeit und die Verwaltungsmitarbeiter und Vorgesetzten sind über Sachverhalte richtig, umfassend und rechtzeitig zu unterrichten. Das Informationsrecht der Öffentlichkeit korrespondiert mit einer Informationspflicht der Verwaltung gegenüber einer demokratischen Gesellschaft. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit bei Beamten gegenüber der Öffentlichkeit bezieht sich nur auf einen kleinen Teil der Vorgänge in der öffentlichen Verwaltung. Sie „gilt nicht“ ...“über Tatsachen, die offenkundig sind oder

⁵⁶ Hier wird nicht Henning Scherf kritisiert. Er ist in seiner Beliebtheit bei der Bevölkerung Ausdruck typisch Bremer Denk- und Handlungsweisen. Die Bremer Verhältnisse sind keine Bösartigkeit der Regierenden, die es nur zu ersetzen gäbe. Die Regierten haben die Regierung, die sie sich durch Wahl oder Wahlverweigerung und durch ihr sonstiges Verhalten in und gegenüber der Öffentlichkeit selber geschaffen haben und die ihnen daher gebührt.

⁵⁷ Sieh dazu Überlegungen zu einem Einzelhandelskonzept. [„Stadtentwicklung\Einzelhandelsprogramm.pdf“](#)

⁵⁸ An den Verhandlungen beteiligen sich jeweils ein Heer von öffentlichen Bediensteten und der Bauantragsteller wird zu dauernden Verhandlungen mit ihnen und zu immer neuen Planungen gezwungen. Die öffentlichen Bediensteten aus den verschiedenen Klientelbereichen sind sich dabei untereinander meist auch nicht einig. Sie machen dem Antragsteller häufig widersprüchliche Auflagen. Einmal stöhnte ein Antragsteller in öffentlicher Sitzung eines Stadtteilbeirats, nun lege er den dreizehnten Entwurf vor, weil sich Denkmalschutz-, Bau- und Wirtschaftsbehörde untereinander nicht abstimmten, sondern dem Antragsteller unabhängig voneinander immer neue Auflagen machten.

ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.“⁵⁹

Selbstverständlich gilt auch das Sparsamkeitsgebot, daß nicht mehr ausgegeben werden darf, als für das Gemeinwohl unbedingt erforderlich. Das ergibt sich schon aus der einfachen Ableitung des Gebotes der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Da die staatliche Bürokratie von Zwangsabgaben lebt, und Zwangsabgaben eben nach der Einschränkung der persönlichen Freiheit und Verfügung über seine Gesundheit und Lebenszeit der schwerwiegendste Eingriff gegen den Bürger ist, dürfen Zwangsabgaben eben nur für unabweisbare Zwecke erhoben werden. Dazu gehören dann allerdings auch solche, die die Freiheiten der Menschen durch Herstellung der Sicherheit auch der sozialen allgemein erhöhen.

Bremer Verwaltung, parteilich, nicht rechtsstaatlich, geheimbündlerisch, chaotisch

Die öffentliche Verwaltung Bremens spottet in weiten Maßen jeder dieser Beschreibungen des Maßstabes einer guten Verwaltung:

Die Verwaltung gliedert sich nach parteilichen Richtungen. Die verschiedenen Ressorts, privatisierten Gesellschaften, Vereine, Stiftungen usw. im Eigentum Bremens, sind geradezu Pfründen, Spielwiesen für ideologische Glaubensbekenntnisse, für Parteien oder gar Flügel von Parteien. Die verschiedenen Senatsressorts ringen nicht um Gemeinwohl sondern um ihre Interessen, Macht und Einflußbereiche. Die Bürger werden den ideologischen Glaubensüberzeugungen unterworfen, bestenfalls mit Beratungsbüros und dem Lockmittel von Zuschüssen und Subventionen zum Mitmachen gedrängt. Jedenfalls werden sie zumindest für entsprechende Experimente – häufig auch „Projekte“ genannt –, ausgebeutet. Projekte wird die Benutzung der staatlichen Verwaltung genannt, wenn es sich um einzelne Maßnahmen mit öffentlichen Mitteln dreht, die gar keinen Anspruch erheben können, allgemeine Regelungen aufzustellen oder zu verwirklichen. Solche Projekte werden immer damit gerechtfertigt, daß sie dem Guten, Wahren und Schönen dienen. Seit über einem Jahrzehnt auch immer, daß die Projekte auch irgendwie wirtschaftlich seien. Nur daß die Unternehmen das nicht so sehen, denn sie trauen sich ja nicht zu, mit solchen Projekten auf eigene Rechnung Geld zu verdienen. Die öffentliche Verwaltung hat sich auch schon eine Ideologie zurecht gezimmert, nach der sie diese parteiische Ausgabe von Zwangsabgaben rechtfertigt. Sie nennt es im allgemeinen Trend der Anglizismen: Public Private Partnership, PPP. Es werden unauflösbare Gemengelagen mit privaten Unternehmen geschaffen. Das größte Risiko trägt dabei in der Regel die öffentliche Hand. Sie verschafft den privaten Unternehmen dann meistens auch noch eine Monopolsituation, die dann nicht mehr öffentlich kontrolliert wird. Es ist das Gegenteil von unparteiisch und am Gemeinwohl orientiert. Es sind geradezu Regelungen, die alle anderen ausschließen, also nicht allgemein für eine unbekannte Vielzahl anonymen Personen gelten sondern eben für die ausgewählten Vertragspartner, denen öffentlich Gelder und Verdienstmöglichkeiten zugeschanzt werden.

Wenn noch Gesetze, Satzungen, Verwaltungsregelungen oder sonstige allgemeine Regelungen erlassen werden, so fehlen inzwischen meistens darin die eigentlich erforderlichen Definitionen der tragenden Begriffe dieser Gesetze. Darüber hinaus werden so weite Ermessensspielräume der Verwaltung eingeräumt, daß für den Bürger nicht ohne Anfrage bei der Verwaltung abzuschätzen ist, welche Rechtsfolge er bei Handlungen im Rahmen des Gesetzes zu erwarten hat. Zuständige Beamte verweigern auch Auskunft auf allgemeine Anfragen zur Auslegung der einschlägigen Gesetze. Sie fordern den Bürger vielmehr auf, ein konkretes Vorhaben schriftlich vorzulegen. In einem für den Bürger anonymen Verfahren will der Beamte dann über das Vorhaben entscheiden lassen. Der Bürger hat keinerlei Anhaltspunkt, nach welchen der vielen nicht definierten Kriterien die Verwaltung in Bremen entscheidet. Damit ist der Bürger Untertan. Er muckt besser nicht auf. Er weiß längst, es gibt immer einen Grund, seine Vorhaben abzulehnen oder zumindest zu behindern. Andererseits, wer sich den Zugang zu den Entscheidern durch Willfährigkeit oder aus gesicherter Machtposition heraus ebnet, der wird bei den Entscheidungen gepflegt, wie er die politische Landschaft pflegt. Für sie gibt es in den schon schwammig formulierten Bremer Gesetzen meist auch noch Härtefallregelungen oder Ausnahmen, die dann zur Anwendung kommen. In der Ideologie der öffentlichen Bediensteten heißt diese Willkür „Einzelfallgerechtigkeit“.⁶⁰ So entsteht ein Klima der Begünstigung und Bestrafung gegenüber den Bürgern und intern in der Verwaltung. Durch diesen

⁵⁹ Beamtenrechtsrahmengesetz des Bundes § 39 in der Fassung vom 3.1.1977

⁶⁰ Sieh dazu auch Beitrag zur Stellplatzabgabe in der City.

breiten Spielraum für Ermessensentscheidungen hat die öffentliche Verwaltung eine große Macht. Sie wird auch persönlich er- und ausgelebt gegenüber kleinen einflußlosen Bürgern. Aber gegenüber größeren, die die politische Landschaft pflegen, haben die öffentlichen Bediensteten keine Chance. Da die öffentlichen Bediensteten auch so viele sind und in ihren parteiischen Apparaten gegenseitig auch dauernd um Macht und Einfluß ringen, ist das persönliche Gefühl der öffentlichen Bediensteten eher das der Ohnmacht. Sie hoffen und fordern meist, daß ihr jeweiliger Prinzipal, Vorgesetzter oder Senator im ständigen Geschiebe um Macht eine einflußreichere Position erringt, damit die Bediensteten gegenüber ihren konkurrierenden Kollegen endlich mal mehr auftrumpfen können. Da es um Macht und nicht um gute Ordnung geht, gibt es auch keine offene Diskussion. Die meist geführte Beschwerde untereinander ist es, nicht informiert worden zu sein. Das stimmt insofern, als die inzwischen hervorragenden Möglichkeiten den Informations- und Diskussionsprozeß zu führen, vorhanden sind, aber praktisch nicht genutzt werden. Die planende Verwaltung ist praktisch vollständig untereinander mit einem Intranet über ihre Arbeitsplatzcomputer verbunden. Darauf gibt es auch öffentliche Ordner, in die jeder seine Beiträge für die anstehenden Aufgaben einstellen könnte. Wenn es um klare Kriterien ginge, und um die beste Lösung dafür unter Berücksichtigung der Nebenwirkungen wäre das der beste Weg, das Fachwissen in der Verwaltung zum optimierten Lösung zusammen zu führen. In der Realität wird diese Möglichkeit praktisch nicht genutzt. Jeder behält sein Wissen für sich und holt es nur in Besprechungen als Trumpfkarte hervor, um einen Stich beim Vorgesetzten zu machen und sich gegenüber Kollegen hervorzutun. Inhalte werden zurückgehalten und gelten als persönlich zu verwertendes Eigentum. Wer unvorsichtiger Weise vor der Zeit seine Kenntnisse zum Besten gibt, wird von den Kollegen gnadenlos beklaut. Oder die konkurrierende Bürokraten bereiten sich ohne Rückmeldung auf ein Gegenargument vor, das sie dann erst in einer Besprechung dem nicht vorgewarnten Kollegen vorhalten. Jeder versucht so ein Wissens- und Zuständigkeitsmonopol zu ergattern, mit dem er zu möglichst vielen Vorschlägen gehört werden muß und nein sagen kann. Sein „Ja“ läßt er sich dann abkaufen durch Zugeständnisse. Das anfängliche „nein“ muß deswegen immer so formuliert werden, daß es nicht absolut ist, sondern an Bedingungen geknüpft ist, die sich als politische Kaufpreise anhören. Das wird dann manchmal auch so formuliert: „Jeder macht doch hier seinen Deal“. Da eigentlich alle fast alles in der Verwaltung wissen könnten, dürfen Kollegen für solche Strategien möglichst nichts erfahren. Die Kollegen, die in benachbarten Zimmern sitzen, erfahren von dem, was der Kollege tut, häufig erst dann, wenn es in der Zeitung steht. Typische Bremer Bürokraten haben die Verschwiegenheit gegenüber Sachinformationen so verinnerlicht, daß sie kaum mehr einen Termin preisgeben können, an dem sie irgendwo teilnehmen würden. Es wird natürlich dennoch viel gequasselt – aber prinzipiell ohne eine verwertbare Information dabei zu vermitteln. Im Gegenteil, mit Gerede über unverbindliche Themen werden bewußt die Erörterung gemeinsam interessierender wichtiger Themen unterdrückt. Es handelt sich um ständige gegenseitige Desinformation. Die bremische öffentliche Verwaltung ist daher nicht gut gegliedert, um durch Zusammentragen des Fachwissens gute Regelungen zu produzieren. Sie stellt ein autoritäres Chaos dar, in dem jede Verwaltungseinheit um Macht und Einfluß kämpft genannt Zuständigkeiten, Federführungen, Verfügung über öffentliche Gelder in einem Haushaltstitel, Untergebene usw. Jeder lernt schnell, daß er keinesfalls einer schnellen, billigen und guten Regelung wegen etwa eine Position räumen darf. Jeder muß deswegen alle Belange in seinem eigenen Hause oder Machtbereich abdecken, weil er den ideologisch gezinkten und Macht orientierten Aussagen zu einer Sachfrage aus einem konkurrierenden Bereich nicht trauen kann. So gibt es schließlich keine Einsichten und Überzeugungen mehr, sondern nur noch „höher bezahlte Einsichten“ und resignierte Aussagen „Oberschlägt Unter“. Nur die gerade mal – auch mit den unsinnigsten und kurzlebigsten Beschlüssen – Erfolgreichen sprechen davon, daß sich mal endlich die Einsicht durchgesetzt habe, auch wenn die Regelung nicht der Weisheit letzter Schluß sei. Es könnte ihnen ja niemand verbieten, noch schlauer zu werden. (Aber – beiseite – einstweilen hätten sie ja erst einmal gesiegt).

Eine siegreiche Regelung sieht dann immer vor, daß sich die Bürokraten selbst mit neuen Aufgaben beauftragt haben, die ihnen neue Macht gegenüber den Bürgern und gegenüber anderen Einheiten der öffentlichen Verwaltung verschafft. Ein Sieg kann nie die gute Lösung eines Problems sein. Dies würde den Bürokraten ja Macht und Einfluß ko-

sten. Das Problem muß immer erhalten bleiben, damit die Bürokraten Macht, Posten, Positionen und Einfluß ausüben, vermehren und erhöhen können.⁶¹

Meist wird von der Verwaltung vermieden, eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen. Es wird so getan, als müßte vor den Entscheidungen des Senats oder der anderen 5 Regelungsgeber die Überlegungen geheim gehalten werden. Sie dürften erst veröffentlicht werden, wenn sie gefallen sind. Das ist natürlich das Gegenteil eines demokratischen Willensbildungsprozesses. Es werden viele Vorgänge in Bremen meist dennoch vorab bekannt. Dies aber nicht als normale Information über die Überlegungen über mögliche Varianten, bei denen Vor- und Nachteile abgewogen werden, sondern als poli- 10 tisch gezielte Indiskretion einer der Parteiungen in der Verwaltung oder als Privileg besonders bevorzugter Journalisten. Wer sich offiziell erkundigt, um Argumente auf der Grundlage von Informationen vorzubringen, wird immer wieder abgewiesen mit dem Hinweis, es sei ja noch nichts entschieden. Danach könne er sich ja zu Wort melden. Dann braucht er es aber auch nicht mehr.

15 In den formalisierten Vordrucken für Senatsvorlagen der Verwaltung, die eine Entscheidung herbeiführen sollen, ist ein Absatz vorgesehen: „Alternativen“. In aller Regel steht darin: „Keine“.

Wie eine Entscheidung zustande gekommen ist, und auf welchen Überlegungen sie grün- 20 det, kann meist nicht nachvollzogen werden. Eine ordentliche Verwaltung gibt es in Bremen kaum. Inhaltlich neue Vorgänge der planenden Verwaltung bekommen nicht am Anfang eine Aktennummer und es werden dann Zugänge Blatt für Blatt durchnummeriert, sondern am Ende, wenn sie archiviert werden⁶². Insofern kann dann nicht nachvollzogen werden, ob Teile von Aktenvorgängen herausgenommen oder nachträglich hinzugefügt wurden. Einen Skandal wie bei den Leuna Akten im Bundeskanzleramt, bei dem viele 25 Seiten nach dem Ausscheiden von Bundeskanzler Kohl aus dem Amt nicht mehr auffindbar waren, kann es in Bremen nicht geben. Den Nachweis, daß es Akten zu einem Vorgang gegeben hat, kann nicht geführt werden, wenn sie vernichtet wurden bevor sie archiviert werden. Und das geschieht meist erst Jahre nach Abschluß des Vorganges. So kann ggf. unterdrückt werden, daß es gegenteilige Meinungen gegeben hat. Eine ste- 30 hende Ausrede der Verantwortlichen für Mißerfolge heißt dann immer wieder, das habe man damals nicht wissen können. Es kommt auch vor, daß der Sachbearbeiter einen Vorgang nie zum archivieren gibt, sondern komplett vernichtet, wenn er damit nicht mehr befaßt ist.

Diese Unauffindbarkeit von Vorgängen gilt auch für Schreiben der Bürger an die Ver- 35 waltung. Es wird kein Eingangs- und Ausgangsbuch geführt. Die Poststelle mit den relativ schlecht bezahltesten öffentlichen Bediensteten öffnet die Post. Wenn keine Person als Adresse angegeben wird, verteilen diese Kollegen die Post nach ihrer Kenntnis der Zuständigkeit einer Abteilung zu. Anschließend wissen die bei den Tausenden von Sendungen, die sie täglich nach erstem oberflächlichem Eindruck zuordnen, natürlich nicht 40 mehr, wo ein Schreiben hingegangen ist. Wer es bekommt und wegwirft, hat nichts zu befürchten. Es ist nicht nachweisbar, daß er es bekommen hat. Der Absender erhält in der Regel auch kein Eingangsbemächtigung mit dem Hinweis, wer sein Ansprechpartner und wer noch alles zuständig ist. Mit der elektronischen Post wird das etwas besser, denn es ist nun nachvollziehbar, wer welche Schreiben bekommen hat. Aber es gibt im- 45 mer noch keine Aktennummern. Es gibt immer noch kein Verfahren, wie sichergestellt wird, daß alles, was zu einem Vorgang beigetragen wurde, auch dokumentiert wird.

Zu dieser Undurchschaubarkeit der öffentlichen Verwaltung in Bremen trägt wesentlich bei, daß es ein ungeschriebenes Gesetz ist, nichts Wesentliches schriftlich zu hinterlas- 50 sen, bevor nicht klar ist, auf welche Entscheidung ein Vorgang zuläuft. Die Politiker und öffentlichen Bediensteten reden so lange mit verdeckten Karten und nur mit Andeutungen, bis sich eine Position herausgemeldet hat, die von allen getragen wird. Öffentliche Bedienstete, die signalisieren, daß sie Bedenken gegen oder Alternativen zu dem sich abzeichnenden Kurs haben oder entwickeln könnten, werden einfach nicht mehr gefragt, nicht mehr eingeladen oder ihnen ausdrücklich die Zuständigkeit entzogen. Inhaltliche 55 Auseinandersetzungen mit ihnen finden praktisch nicht statt. Dann werden wissenschaftliche Mitarbeiter, denen es schon im vorausseilenden Gehorsam gelungen ist, der sich abzeichnenden internen Verwaltungsmeinung eine verbale Grundlage anzubieten, beauftragt, den vorgefaßten Beschluß scheinbar wissenschaftlich zu begründen. Das nennt man in Bremen „unbürokratisch“. Es ist aber einfach nur undurchschaubar und undemo-

⁶¹ Sieh z.B. Wohnungspolitik. Dazu ein eigenes Stichwort.

⁶² Bei Bebauungsplanverfahren gibt es die Nummer des Verfahrens am Anfang.

kratisch.

Die öffentliche Verwaltung Bremens repräsentiert aus eigenem Antrieb nicht einen demokratischen Rechtsstaat, sondern den Kampf von politisierten Bediensteten in politischen Kliken auf dem Rücken der Bürger. Nur durch die noch vorhandenen Reste der uns von den Alliierten vermachten rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung, und die gegenseitige Blockade der kämpfenden Einheiten, sind demokratische Formen und rechtsstaatliche Entscheidungen noch nicht ganz verloren gegangen. Ja Bremen erscheint nach außen hin manchmal gar als „liberal“. Der Eindruck kann aber nur dadurch entstehen, daß keine der kämpfenden innerlich autoritären Einheiten alle anderen überwinden kann und jede deswegen versucht, sich in der Gesellschaft Verbündete zu kaufen und für die eigene Position zu mobilisieren. Die Bürger haben diese Art der Politik weitgehend akzeptiert und lassen sich einspannen, um für ihre gerade aktuellen Belange das Beste heraus zu holen.⁶³ Sie plappern dann den blödsinnigsten ideologischen Quark nach, wenn sie meinen, daß sie dadurch einen Klikenführer dazu motivieren können, ihre Sache zu protegieren.⁶⁴ Das autoritäre Chaos in der bremischen öffentlichen Verwaltung, das zu einer guten Ordnung nicht fähig ist, beherrscht auch die Köpfe der Bremer Bürger.

Meinungs- und Informationsfreiheit als Voraussetzung der Wahrheit

Die Meinungsfreiheit ist sicher einer der wichtigsten und das Gefühl der persönlichen Freiheit bestimmende Eigenschaft unserer Verfassungsordnung. Sie ist auch die größte potentielle Stärke unserer Gesellschaften. Zwar ist mit der Meinungsfreiheit auch der Irrtum und die Lüge geschützt. Aber eröffnet die Fähigkeit zur Wahrheit. Menschen können sagen, was sie denken. Sie können Tatsachen benennen. Behauptungen können überprüft werden. Nach Ursachen kann geforscht werden. Ideologien können kritisiert werden. Die gesellschaftlichen und individuelle Fehlentwicklungen können so frühzeitig erkannt werden. Es kann umgesteuert werden, bevor die menschlichen und sonstigen Kosten ins Maßlose steigen. Dazu gehören natürlich die institutionell gesicherte Informations-, Meinungs- und Veröffentlichungsfreiheit. Und es gehört dazu der Wille der Bürger nach richtiger, fachlicher Information.

Die öffentliche Verwaltung und insbesondere die Universitäten in Deutschland sind Institutionen, die der Wahrheit verpflichtet sind. Die öffentliche Verwaltung soll der Bevölkerung, den jeweiligen demokratisch gewählten Regierungen und jeder Partei mit fachlichem Rat und Tat zur Seite stehen. Sie darf nicht lügen – selbst die Polizei nicht gegenüber befragten mutmaßlichen Kriminellen. Die Professoren an deutschen Universitäten bekamen eine besonders freie institutionell gesicherte Stellung. Sie können lehren, also sagen, was sie wollen, ohne mit dem Verlust ihres Lebensunterhaltes rechnen zu müssen und schon gar nicht wegen ihrer Lehre bedroht zu werden. Die Veröffentlichungsorgane, zusammengefaßt unter dem Begriff „Presse“ bekamen ihre Freiheit durch das Verbot der Zensur und dem Schutz ihrer Informanten besonders gesichert.

Unwille und Unfähigkeit zur Wahrheit.

Die Meinungsfreiheit eröffnet aber nur eine Möglichkeit. Die Menschen können auch darauf verzichten. Und sie tun es weit verbreitet.⁶⁵ Die Kommunikation ist so lügnerisch, daß

⁶³ In den veröffentlichten Leserbriefen, die gewisse Staatsausgaben kritisieren, fehlt praktisch nie der Hinweis des Briefschreibers, daß seine Belange zu kurz kämen und mehr öffentliche Zuschüsse erhalten sollten.

⁶⁴ So argumentieren z.B. Elternvertreter für gute Bildungschancen für ihre Kinder damit, daß sei eine Investition, die der Wirtschaft dienen werde. So eine Verirrung. Bildung hat ihren Sinn nicht darin, daß sie für den Bereich der Wirtschaft funktionierende Arbeitstiere abrichtet. Wenn die Wirtschaft sie nicht brauchen sollte, wollen die Eltern dann ihre Kinder umbringen? Nein, die Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen ist ein wesentliches Ziel der Gesellschaft, dem auch der Bereich der Wirtschaft zu dienen hat.

⁶⁵ In diesen Beiträgen dreht es sich um das gesellschaftliche, das öffentliche Leben. Es speist sich zum Teil aber aus den täglichen privaten und halböffentlichen Umgang von Familie über Freunde, im Verein in der Kommunikation über Verträge usw. Ja, auch sich selbst gegenüber, ist die Fähigkeit zur Wahrheit eine entscheidende Eigenschaft, um der Umwelt gegenüber angemessen handeln zu können. Der Angeber, der entsprechend seiner übertriebenen Fähigkeiten Aufgaben übernimmt, wird scheitern, wenn er nicht das Glück hat, nur wenig anspruchsvollen Aufgaben gegenüber zu stehen. Süchtige lügen sich gerne vor, die Kraft zu haben, jederzeit aufhören zu können. Sich selbst gegenüber beharren

man gar nicht mehr darauf hören braucht, was einer sagt, und welche Argumente er vorbringt. Bis zum Beweis des Gegenteils kann man getrost davon ausgehen, daß es sich um ideologische Aussagen handelt. Selbst die scheinbar nichtssagenden Erzählungen über Erlebnisse sind so ausgewählt und zurchtgestutzt, daß sie irgend eine Absicht verfolgen oder untermauern sollen. Irgendwelche Nachfrage nach „facts and figures“, die solche Aussagen überprüfbar machen würden, gelten als ungehörig, werden nicht oder ausweichend beantwortet.⁶⁶ Das öffentliche Klima ist ein heuchlerisches, in dem alle immer nur Gutmenschen sind und dabei ihre eigenen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit verfolgen. Wer hier lebt muß lernen, aus den Handlungen bzw. Nicht-Handlungen bzw. Nicht-Gesagtem seine Schlüsse zu ziehen. Unterlassungen beziehen sich auf mögliche oder gebotene Handlungen. Möglichkeiten einzuschätzen ist daher eine wichtiger Teil, etwas über die Wahrheit zu erfahren⁶⁷. Weil auch alle Tatsachen, also Handlungen, aus denen jemand Schlüsse ziehen könnte, verschwiegen werden, ist die Methode so wichtig, mögliche Handlungen zu antizipieren, damit man aus ihrem Nicht-Eintreten schließen kann, was die wirkliche Meinung ist bzw. Handlungsweisen sein werden. Die Kommunikation ist durch und durch lügnerisch geworden. Der Niedergang Bremens ist wesentlich die Folge dieser lügnerischen Kommunikationsstruktur. Der Niedergang wird nur auf unglückliche Umstände zurück geführt, die Bremen schicksalhaft getroffen hätten. Selber hätte man alles richtig gemacht. Wenn Fehlentscheidungen einmal nicht mehr zu leugnen sind, dann entschuldigen sich die Bremer damit, daß es doch alle so gemacht hätten, oder daß man zum Zeitpunkt der Entscheidung die Entwicklung nicht habe wissen können. In Wirklichkeit wird aber versucht, jede Nachweisbarkeit anderer Möglichkeiten zu unterdrücken. Alle, die unabhängig denken könnten, werden gekauft oder ideologisch eingebunden. Selbst die Professoren lassen sich inzwischen ihre unabhängige Meinungen abkaufen. Ein Institut nach dem anderen wird an den Hochschulen und Universitäten gegründet, in dem dann die Professoren eigene Hierarchien mit abhängig Beschäftigten aufbauen können. Sie bekommen öffentliche Aufträge⁶⁸. Sie buhlen um besondere Ausstattungen wie z.B. leistungsfähige Computer, mit denen sie renommieren können und den sie wieder als Verhandlungsmasse für andere Verbindungen einbringen können. Die Presse ist zunehmend zum Verlautbarungsorgan der Regierung oder einer Klientel geworden. Sie leugnet geradezu ggf. gegen besseres Wissen, daß anderes gedacht oder anders gehandelt werden konnte. Bremen wiederholt immer wieder neu solche Fehler. Es erweist sich anscheinend unfähig zur Selbstkritik und zur Reform, generell zur Wahrheit. Wenn es nicht doch noch einen ungetrübten Blick auf den eigenen Anteil am Niedergang wagt, werden diejenigen, die nicht mit abgesehen und sich rechtzeitig aus dem Staube

viele auf Lebenslügen. Auch im persönlichen Umgang wird in bestimmten Bevölkerungskreisen kaum jemanden direkt eine abweichende Meinung gesagt. Einem älteren Handwerksmeister, dem ich mal sagte, daß ich mich für eine anderen Anbieter entschieden habe, sagte mir: Das kenne ich von Akademikern gar nicht. Akademiker sagen nicht nein. Wenn sie sich überhaupt äußern, dann in einem Redeschwall, der eben damit endet, daß sie mir keinen Auftrag gegeben haben und ich nie wieder von ihnen höre. Im persönlichen Umgang miteinander werden abweichend Meinungen bestenfalls mit „Ich weiß nicht“ angedeutet. Erst recht sagen auch Freunde einem nicht, was sie von einem, oder von Handlungen halten. Es wird nur über abwesende Dritte geredet, nicht mit ihnen selbst. Der Spiegel, den die engeren Beziehungspersonen auch sein sollten, bleibt matt. Man kann auch dort kaum aus dem, was einer sagt, auf seine eigene Wirkung, sein Ansehen oder sonst etwas schließen. Nur aus den Handlungen kann und muß man seine Schlüsse ziehen. Die Regelungen für Personalzeugnisse scheinen auch für den persönlichen Umgang in vielen Kreisen verinnerlicht worden zu sein. Aber im entgegengesetzten Sinne angewendet zu werden: Während die Zeugnisse an Dritte gehen, und darin nichts schlechtes geschrieben werden darf, scheinen im persönlichen Umgang dem betroffenen nichts schlechtes gesagt zu werden, während bei dritten um so mehr gelästert wird. Wer aus anderen Kreisen, in denen ein direktere Umgangston herrscht, der fühlt kommt sich in Kreisen, in denen so beschriebene Umgangsformen gepflegt werden, wie im Ausland vor. Wie die Zeugnisse von den Personalstellen mit ihrer doppeldeutigen Aussageweise, braucht man in diesen Kreisen Übersetzer, die einem beim Verständnis der Kommunikation helfen. Man fühlt sich fremd im eigenen Land. Anscheinend sind unsere Schulen eine wirksame Veranstaltung, in denen nach diesen unterschiedlichen Umgangsformen ausgelesen und an sie angepaßt wird.

⁶⁶ Wer auf nachprüfbare Maßstäbe und Aussagen besteht, dem wird bedeutet, alles sei relativ, willkürlich und es gäbe keine Wahrheit.

⁶⁷ Umgekehrt ist der „Realist“, der sich nur an die „Tatsachen“ hält, ein Ideologe. Er rechtfertigt die bestehenden Zustände als alternativlos und seine Willfährigkeit der Macht gegenüber.

⁶⁸ Bremen rühmt sich dann, daß an ihren Hochschulen ein besonders großer Teil der Finanzeinnahmen nicht direkt aus dem Staatshaushalt sondern durch Aufträge beschafft werde. Das zeige, wie sehr die Bremischen Universitäten von der Wirtschaft geschätzt würden. Dabei sind es häufig doch wieder Firmen und Institutionen, die der öffentlichen Hand Bremens zuzuordnen sind oder von öffentlichen Aufträgen leben.

gemacht haben mit zu den Verlierern gehören. Bremen würde damit eine alte unglückliche Tradition fortsetzen.⁶⁹

Sparsamkeit, Aufgabenbegrenzung

5 Die öffentliche Verwaltung lebt von Zwangsabgaben. Sie steht unter dem Gebot, so wenig wie möglich Zwang auszuüben, daher sparsam zu wirtschaften. Zu aller erst heißt das, ihre Größe und Struktur den unabweisbaren Aufgaben für ihre Bürger anzupassen. Immer wieder sind die Verwaltungsgrenzen den neuen Bedingungen angepaßt worden. Gerade werden in Niedersachsen die Bezirksregierungen abgeschafft. Die Organisations-

10 onseinheiten dürfen also kein Eigenleben gegenüber den Bürgern entfalten. Und haben sie noch so einen alten Namen. Meist haben sich im Laufe der Zeit ohnehin die Grenzen und Inhalte auch und gerade hinter alten Namen weitgehend verändert. Organisations-

einheiten sind nicht um ihrer selbst Willen da, sondern zur Lösung praktischer Aufgaben für die existierenden Bürger.

15 Größenwahn

Die Bundespolitiker träumen von einer Weltmachtrolle und z.B. davon, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO mit Vetorecht zu bekleiden, möglicherweise einen Außenminister der Europäischen Union zu stellen und Europa mit zur gleichen Machtfülle wie die USA zu führen. Sie bereiten sich vor, mit Streitkräften überall in der Welt einzugreifen. Offensichtlich reichen die Mittel nicht einmal aus, die Probleme im eigenen Land zu lösen. Deswegen gibt man die Landesverteidigung gleich ganz auf. Man will gleichberechtigt am Tisch der Großen sitzen und glaubt, deswegen überall auch militärisch mit-

20 mischen zu müssen.

Bremens Vertreter spielen sich ständig als Repräsentanten eines Bundeslandes auf und sie pochen darauf, daß Bremen eine Metropole sei. Sie berufen sich dabei auf die Bundesrepublikanischen statistischen Kategorie, die Städte über 500.000 Einwohner zusammenfaßt. Bremen ist mit ca. 540.000 Einwohnern unter denen die zehnt größte Stadt der Bundesrepublik. Sich mit Wuppertal, Bielefeld oder ähnlichen Städten zu vergleichen, liegt da anscheinend unter ihrer Würde, obwohl sie nach Einwohnerzahl viel näher

25 an Bremen liegen als Köln oder München. Dabei rechnen nur deswegen so viele Bürger zur Stadt Bremen, weil ihre Grenzen so weit gezogen sind. Erst durch die nationalsozialistischen Eingemeindungen 1938 sind so viele Gebietsteile hinzugekommen, die z.T. gar nicht oder ländlich besiedelt sind. So ist Bremen von der Fläche her größer als München mit seinen 1,2 Millionen Einwohnern und von der Fläche her die fünft größte Stadt in der

30 Bundesrepublik, von der Einwohnerzahl aber nur die zehnt größte. Wenn man die Einwohner der Stadtteile zusammenzählt, die in großstädtischer Dichte wohnen, würden in Bremen nur etwa 400.000 Einwohner wohnen⁷⁰. Eigentlich stellt sich das Städtische nicht in Quantitäten sondern in Qualitäten dar. Wesentlich sind die Oberzentralen Funktionen, inwieweit wird in der Stadt Regelungen gefunden und Leistungen angeboten, die für ei-

⁶⁹ Bremen ist als Zitadelle der christlichen Mission im religiösen Kampf des 9. bis 11. Jahrhunderts zu Bedeutung gekommen. Das Oberhaupt der Siedlung war ein kirchlicher Würdenträger, dem Markt- und Handelsrechte vom König verliehen wurden. Bremen ist also nicht als Handelsstadt entstanden, sondern als Glaubensort. Auch wenn von Bremen aus die Mission der christlichen Kirche in Dänemark und Schweden betrieben wurde, so erweiterte der Erzbischof seine Bedeutung doch als Lehnsträger des Königs und Kaisers. Der erste machtpolitisch agierende „Kirchenfürst“ Erzbischof Adalag (von 937 bis 988) „schreckte auch nicht davor zurück, eine Reihe von Urkunden zu fälschen“, um seine Macht zu mehren und seine Stellung zu erhöhen. Darin sind schon alle Verhaltensweisen angelegt, die die typische Kultur Bremens ausmachen: Ideologische Kämpfe, sich als die Guten darzustellen, daraus seine Vorteile ziehen, dies aber nicht auf Leistung gründen sondern aus Beziehungen zu Mächtigen und dafür auch bedenkenlos lügen. Mit einem solchen Ränkespiel basierend auf Beziehungsstrukturen zum König versuchte Erzbischof Adalbert (1043 bis 1072) seine Macht auch gegenüber den benachbarten Billungern zu erweitern. Als er bei Hofe in Ungnade fiel, brach sein gesamtes Kartenhaus zusammen. Über das Jahr 1067 berichtet Schwarzwälder: Die „Katastrophe des Erzbischofs war auch eine für das Erzstift“ „1067 konnte Adalbert wieder nach Bremen zurückkehren, doch auch auf diesen Ort wirkte sich die Katastrophe aus. Offenbar sah sich der Erzbischof veranlaßt, den Marktzoll zu erhöhen und alle anderen Einkünfte mit Schärfe einzutreiben. „...“ Die Kaufleute mieden den Markt, und allgemeine Armut herrschte im Ort. Es ist nicht zu übersehen, „daß die Politik Adalberts die Kräfte des Erzbistums überforderte und es wirtschaftlich ruinierte.“ Zitate aus Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen Bd. I S. 30, 34 und 35

⁷⁰ Siehe kleinen statistischen Beitrag an anderer Stelle.

nen weiteres Umfeld verbindlich, Modell oder so attraktiv sind, daß sie von Menschen außerhalb immer wieder gesucht werden. Bremen weist von diesen Oberzentralen Funktionen für eine Großstadt besonders wenige auf. Aber die Oberen Bremens wollen ständig am Tisch der viel Größeren sitzen. Sie überfordern damit bei weitem die Möglichkeiten der Stadt und belasten mit dieser Großmannssucht als Kleingernegroß und überfordern die Bürger.⁷¹ Die Oberen Bremens wie auch viele Bürger sprechen dauernd davon, daß sie in der „ersten Liga“ spielen müßten. Sie meinen eine Stadthalle mit 12.000 Plätzen bauen zu müssen, obwohl schon die kleinere alte ein Zuschußbetrieb ist, sie kaufen sich eine Messehalle, Kongreßzentrum, ein Musical, ein Konzerthaus, ein Rhodarium usw. usf. lauter Zuschußbetriebe. Aber das trägt man ja heute in den Millionenstädten oder denen mit großem Einzugsbereich und starken Oberzentralen Funktionen. Bremens Politiker glauben sich ständig mit einem „Ich auch“⁷² die Teilnahmekarte bei den Metropolen kaufen zu können. Aber auch hier gilt die Erfahrung: Ein reicher Mann baut sich aus seinem Vermögen ein schönes großes Haus. Aber wenn ein armer Mann glaubt, er würde reich und bei den Großen aufgenommen, wenn er sich mit Kredit ein großes Haus baut, dann ist er auf dem sicheren Weg in die Pleite. Bei den Bremer Politikern hat man den Eindruck, daß sie nicht Funktionsträger für die Bevölkerung sind, sondern sich als Regenten eines abstrakten Gebildes verstehen, dem leider aber die Eigenschaften fehlen, die es eigentlich gemäß ihren Ambitionen haben müßte. Die Bevölkerung, zu deren Wohl sie eigentlich arbeiten sollen, paßt Ihnen nach Größe und Zusammensetzung nicht. Die Politiker wollen sich auf mehr und besser verdienende Bürger stützen. Die würden dann vielleicht so viele Abgaben leisten, daß die Politiker ihre hoch fliegenden Pläne verwirklichen könnten (da die aber die meisten Subventionen einheimsen, würde nicht einmal das funktionieren). Also betreiben sie Bevölkerungspolitik nach dem Motto: Das Volk reicht uns als Basis für unsere großen Sprünge nicht aus, deswegen entlassen wir es und kaufen uns ein neues, größeres, reicheres und zu Abgaben willigeres Volk.

Nostalgie

Dieser Größenwahn hat keinerlei reale Grundlage. Es zeichnet sich auch kein Lichtstreif am Horizont der Zukunft ab. Da geht nirgendwo die Sonne von besonderen Leistungen auf, an der sich Deutschland oder gar der Weltenrund orientieren würde. Genauso wenig wie die Bundesregierung und die SPD Funktionäre mit Aussicht auf Erfolg beschließen können, nun eine Elite durch organisatorische Maßnahmen zu zeugen. Jeder aufmerksame Zeitungsleser hat längst begriffen, daß „Visionen“ für die Zukunft nur Versprechungen für Blumenkränze sind, deren wahrer Gehalt Posten und Begünstigungen für Funktionäre sind, die mit den Zwangsabgaben der Bürger gedüngt werden und zu abstrusen Genpflanzen heranwuchern. Um etwas glaubwürdiger zu werden, werden nun rückwärts gewandte Utopien verkündet. Es wird einstige Größe und Bedeutung beschworen. Es wird die Hanse hochgejubelt, und Bremens Stellung in ihr – aber kaum erwähnt, warum sie unterging. Alle möglichen Firmen und Vereinigungen bedienen sich deren Namen. Alte Stadtviertel und Gemäuer werden ausstaffiert und herausgeputzt zu einem Glanz, den sie nie hatten. Ehemalige Dutzendware an Häusern, wie die Bremer Häuser, oder Siedlungen von Mietskasernen im sozialen Wohnungsbau werden ideologisch überhöht zu Juwelen des Städte- und Wohnungsbaus. Der für die Schifffahrt kanalisierte trübe Fluß Weser, der gegen Sturmfluten hoch eingedeicht ist, der früher als Abwasserkanal auch noch stank, wird zum Ziel aller städtebaulichen Träume hochstilisiert und auch noch so getan, als würde man ihn wieder entdecken und an ihn zurück kehren. Mit riesigem öffentlichem Aufwand werden Schrottschiffe an seinem Ufer verankert, auf denen dann billig Gastronomie stattfindet. Alles trieft vor Nostalgie. Potmkinsche Dörfer waren wenigstens nur aus billiger Holzfassade. Bremen leistet sich diese Camouflage mit den teuersten Materialien.

⁷¹ Schon die Bremer Senatoren zur Zeiten der Hanse spielten sich immer auf als gehörten sie zu den ganz Großen. Siehe dazu die Schilderung bei Herbert Schwarzwälder Geschichte der Freien Hansestadt Bremen Bd. 1 Bremen 1975 S. 90.

⁷² Der Anglizismus für diese Verhaltensweise ist „Meetooism“ oder „Keep up with the Johnsons“.